

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiler Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 50.

Sonnabend, den 11. Dezember 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Entwicklung der Tarifverträge im Jahre 1908. — Arbeiterklasse und Kulturinteresse. — Sozialpolitisches aus dem Reichshauswirtschaftsrat. — Praktische Arbeit. — Wirtschaftliche Rundschau. — Bekanntmachungen des Zentralvorstands. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Die internationale Solidarität im Kampfe der Schweden. — Aufruf für die Opfer Mansfelder Billherrschaft. — Der Zwangsarbeitsnachweis des Zeichenverbandes. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Krankenversicherung im Jahre 1908. — Zur Hilfsarbeiterfrage. — Zur Organisationsreformierung. — Zur Arbeitslosenunterstützung mit besonderer Berücksichtigung der Hilfsarbeiterfrage. — Hilfsarbeiter- und Arbeitslosenunterstützung. — Die Wut der Christlichen. — Ein Reichstaxi für das deutsche Malergewerbe. — Literarisches. — Feuilleton: Architekturmarmor.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Wildemann. Die Pflastersteinbrüche Einersberg und Adlersberg, der Firma Siegheim gehörig, sind gesperrt.

Nürnberg. Der Streik bei der Firma Freitag ist beendet. Es konnte ein Tarif abgeschlossen werden. Herr Freitag wollte ursprünglich von den Streikenden keinen mehr einstellen, er kam aber zu der Einsicht, daß es besser ist, mit alten, zuverlässigen Leuten sein Geschäft zu betreiben, als mit zweifelhaften Elementen. Die Zurückgehenden möchten, bevor sie um Arbeit anfragen, beim Vorstehenden vorreden.

Essen. Die Firma Gebrüder Käber hat Lohnabzüge vorgenommen. Es wird nun versucht, daß die Firma die bestellten Arbeiten anderweitig aufstreifen kann, was ihr aber nicht gelingen dürfte.

Dresden. Die Firma Reil & Co., Leipziger Straße 31, ist wegen Maßregelung für Granitarbeiter gesperrt.

Nach folgenden ausländischen Orten ist der Zugang fernzuhalten:
Dehmetz. Oßegg, Neuhaus, Neu-Bistritz, Hühlsdorf, Thurnitz, Wien, Schrems, Mautausen, St. Georgen, Berg, Schwertberg, Plöckling, Klagenfurt, Sezdorf und Budapest.
Schweiz. Zürich, Gurnellen, Chur, Wassen, Teufen, Wienachten.

Die Entwicklung der Tarifverträge im Jahre 1908.

Als Sonderbeilage zum „Reichsarbeitsblatt“ ist soeben eine Uebersicht über die Entwicklung der Tarifverträge im Jahre 1908 erschienen. Die wirtschaftliche Lage des letzten Jahres, das Stöden von Handel und Gewerbe macht sich auch in einem Nachlassen der Tarifvertragsbewegung bemerkbar. Während im Jahre 1907 nach Angabe der Arbeiter 2782 neue Tarife für 52 369 Betriebe mit 441 365 Personen abgeschlossen wurden, waren es im Jahre 1908 nur 2252 Verträge für 50 459 Betriebe mit 411 265 Personen. Die Abnahme ist übrigens nicht bedeutend. In den Zahlen beider Jahre sind allerdings Doppelzählungen vorhanden, und zwar handelt es sich dabei teilweise um denselben Tarifvertrag, der von einem Unternehmer mit mehreren Arbeiterorganisationen geschlossen wurde, teilweise um mehrere aber inhaltlich vollkommen übereinstimmende Tarifverträge eines Arbeitgebers mit verschiedenen Arbeiterkategorien. Da es erst für das letzte Jahr möglich war, die Doppelzählungen genau festzustellen, so sind bei den Vergleichen beider Jahre die Doppelzählungen mitgerechnet worden.

Der oben genannten Zahl von 2782 im Jahre 1908 neu abgeschlossenen Verträgen, die sich auf 52 369 Betriebe mit 441 365 Personen erstrecken, stehen nur 1961 Verträge für 37 852 Betriebe mit 349 298 Personen gegenüber, die im letzten Jahre durch Ablauf erledigt wurden. Durch den sich hieraus ergebenden Ueberschuß erhöht sich der am 1. Januar 1907 vorhandene Bestand von 5380 Tarifen für 110 071 Betriebe mit 970 700 Personen auf 5671 Tarifverträge für 120 401 Betriebe mit 1 026 435 Personen als Bestand am 31. Dezember 1908. Von den 10 1/2 Millionen der letzten Berufszählung zufolge als Arbeiter oder Angestellte in den Gewerbebetrieben des Reiches beschäftigten Personen hatten demnach Ende des letzten Jahres etwas über 1 Million, das ist also zirka der zehnte Teil, ihre Arbeitsbedingungen in mehr oder minder hohem Maße tariflich gebunden.

Die Tarifverträge sind natürlich meistens nur für männliche Arbeiter abgeschlossen. Aus der nachstehenden Tabelle geht hervor, wie weit in den einzelnen Industriezweigen das Tarifwesen Platz gegriffen hat. Weiter ist erfreulich hervorzuheben, daß nun endlich das Reichsarbeitsamt genaue Darlegungen über das Tarifwesen überhaupt geben kann.

Es waren demnach am 31. Dezember 1908 vorhanden:

Berufsgruppen	Tarife	Betriebe	Personen
Kunst- und Handelsgärtnerei	5	52	287
Industrie der Steine und Erden	495	3575	32639
Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen	537	12361	104197
Textilindustrie	22	184	10732
Papierindustrie	67	1496	18187
Lederindustrie	135	2415	15882
Industrie der Schnitz- und Holzstoffe	557	16996	112839
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	656	4718	62924
Bekleidungsindustrie	486	15119	92145
Reinigungsgewerbe	20	1040	960
Baugewerbe	2069	52465	423072
Polygraphische Gewerbe	78	8581	75536
Handelsgewerbe	98	973	26329
Verkehrsgewerbe	309	2614	21055
Gast- und Schankwirtschaft	18	183	1010
Sonstiges	184	629	28641
Summa	5671	120401	1026435

Wie ersichtlich, hat das Tarifvereinswesen die größte Anwendung im polygraphischen Gewerbe gefunden, wo fast die Hälfte der männlichen Arbeiter tariflich gebunden ist. Es folgt dann das Baugewerbe mit 27,4 Prozent und in weitem Abstande die Industrie der Schnitz- und Holzstoffe, das Bekleidungs- und die Papierindustrie. Am wenigsten Eingang hat der Tarifvertrag noch im Reinigungsgewerbe, der Gast- und Schankwirtschaft und der Kunst- und Handelsgärtnerei gefunden. Was speziell die im letzten Jahre neu abgeschlossenen Tarifverträge anbelangt, so entfiel der Löwenanteil, nämlich 37,9 Prozent der Tarife mit 52,8 Prozent der Betriebe und 61,5 Prozent der Personen auf das Baugewerbe; sodann 11,2 Prozent resp. 11,8 resp. 8,3 Prozent auf die Metallverarbeitung, und 9 resp. 13,9 resp. 8,1 Prozent auf das Bekleidungs- u. s. w.

Von Wichtigkeit ist es nun auch, zu erfahren, inwieweit die Tarifbewegung auf den Kleinbetrieb beschränkt geblieben oder auch in die Großindustrie eingedrungen ist. Durchschnittlich kommen allerdings bei allen Gewerbebezügen nur 8,5 Personen auf einen Betrieb. Doch ist dies Verhältnis bei den einzelnen Betriebsarten sehr verschieden. Die meisten Personen kommen durchschnittlich auf einen Betrieb in der Textilindustrie, nämlich 58. Dann folgen die unter „Sonstiges“ zusammengefaßten verschiedenen Gewerbe mit 45,5 Personen. Auffallend ist, daß im Handelsgewerbe, das sonst noch eine so große Zersplitterung aufweist, die von Tarifgemeinschaften erfaßten Betriebe durchschnittlich eine Personenzahl von 27,1 aufweisen. Es folgt sodann die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 13,3 Personen pro Betrieb, die Papierindustrie mit 12,2, die Industrie der Steine und Erden mit 9,1, das Polygraphische Gewerbe mit 8,8, die Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen u. s. w. mit 8,4, die Industrie der Schnitz- und Holzstoffe, das Baugewerbe, das Verkehrsgewerbe mit je 8,1, das Bekleidungs- u. s. w. mit 6,9, Kunst- und Handelsgärtnerei, sowie Gast- und Schankwirtschaft mit 5,5, und endlich das Reinigungsgewerbe mit 0,9 Personen durchschnittlich auf einen Betrieb.

Über die im Jahre 1908 neu abgeschlossenen Tarifverträge seien noch folgende Einzelheiten mitgeteilt, bei denen die Doppelzählungen (siehe oben) ausgeschlossen sind. Besonders stark war die Tarifvertragsbewegung im Rheinland, wo 153 Verträge für 5157 Betriebe mit 69 391 Personen abgeschlossen wurden. Ferner in Berlin, wo allein 57 Verträge, die 3923 Betriebe mit 34 565 Personen betrafen, zum Abschluß kamen; in Bayern, wo die betreffenden Zahlen lauten: 312, 5586 und 52 410, und in Sachsen, wo sie sich auf 152, 4022 und 39 288 stellen. Die meisten der abgeschlossenen Tarife (769) enthalten eine Vertragsdauer von über 1 1/2 bis 2 Jahre. Weitere 512 sind für ein Jahr abgeschlossen. Nur ein Vertrag im polygraphischen Gewerbe hat eine Dauer von fünf Jahren.

Die tägliche Arbeitszeit wird im Winter für 153 118 Personen = 38,6 Prozent auf weniger als acht Stunden, für 79 566 Personen = 20,1 Prozent auf 8—9 Stunden inklusive, für 62 944 Personen = 15,9 Prozent auf über 9—11 Stunden, und für 4855 Personen = 1,5 Prozent auf über 11 Stunden festgelegt, während sie für 26 594 Personen unbestimmt blieb. Im Sommer dauert die Arbeitszeit durchschnittlich eine halbe bis eine Stunde länger als im Winter.

Was endlich die Löhne anbelangt, so war der niedrigste Vertragslohn für gelernte Arbeiter bei 25 Pfg. bei 2413 Arbeitern = 0,8 Prozent, über 25—35 Pfg. bei 78 280 = 24,9 Prozent, über 35—45 Pfg. bei 101 118 = 32,2 Prozent, über 45—55 Pfg. bei 51 736 = 16,5 Prozent, über 55—75 Pfg. bei 77 538 = 24,7 Prozent und über 75 Pfg. bei 2768 = 0,8 Prozent aller gelernten männlichen Arbeiter. Die Mehrheit der bezahlten niedrigsten Löhne lag also zwischen 25 und 55 Pfg. Bei den ungelerten Arbeitern lag diese zwischen 25 und 45 Pfg.; nur

ca. 24 Prozent hatten mehr als 45 Pfg. und keiner mehr als 75 Pfg. als niedrigsten Stundenlohn.

Zu der Industrie Steine und Erden zählen folgende Verbände:

	Tarife	Betriebe	Arbeiter
Zentralverb. d. Töpfer (Sitz Berlin)	220	1821	10 504
" d. Bildhauer " "	32	456	1 448
" " Glasarbeit. " "	8	129	1 609
Gewerkverein der Töpfer (Sitz Bitterfeld, Girsch-Dund. Nicht.)	1	1	50
Christlicher Keramarbeiterverband (Sitz Köln)	19	125	5 048
Zentralverband der Steinarbeiter (Sitz Leipzig)	155	1034	13 980

Der Steinarbeiterverband kann sich also mit seinen Tarifabschlüssen sehr wohl sehen lassen. Es hat mühsame Arbeit gefostet, um unserm Tarifwesen eine solche Ausdehnung geben zu können.

Die Keramarbeiter scheinen mit ihrer Angabe etwas aufgeschnitten zu haben. Es tauchen nicht nur bei uns, sondern auch bei anderen Leuten Zweifel auf, ob der Keramarbeiterverband überhaupt 5048 Mitglieder zählt.

Die deutschen Steinmetzmeister und Steinbruchbesitzer können nun nicht mehr sagen, der Steinarbeiterverband sei zum Abschluß von Bezirks- oder Landestarifen zu schwach.

Arbeiterklasse und Kulturinteresse.

Das Volk wird durch die herrschende und regierende Gesellschaft geflissentlich in Unkenntnis über die Kulturüter gehalten, weil eine Handvoll Menschen ein Interesse an der Unwissenheit der Massen hat. Je weniger die Masse an den Kulturerrungenschaften teilnimmt, desto mehr können es die wenigen Besitzenden. Unter der Herrschaft des Kapitals über die Produktionsverhältnisse nützt die herrschende Gesellschaft ihre Machtstellung aus, um der aufsteigenden Trägerin großer Menschheitsideale, der Arbeiterklasse, den Kulturgenuß vorzuenthalten. Mit Hilfe der regierenden und gesegneten Gewalt, gestützt auf vererbte Privilegien und den Besitz an Produktionsmitteln, gebietet die herrschende Gesellschaft der Entfaltung und Entwicklung der Arbeiterbewegung Einhalt. Doch müßten und müssen diese Versuche scheitern. Die Arbeiterbewegung ist ein Produkt der kapitalistischen Produktionsweise, wie die Arbeiterklasse, Massenarbeitslosigkeit, Heimarbeit, Verelendung, Verbrechen u. s. w. Produkte der kapitalistischen Anwendung der Produktionsmittel sind. Doch ein Umstand kommt der Kapitalistenklasse in dem Bestreben, die aufstrebende Arbeiterbewegung zu unterdrücken, allem Anschein nach zu statten.

Die industrielle Reservearmee, diese notwendige und daher um so ungeheuerlichere Begleiterin der Großindustrie, dient der Kapitalistenklasse dazu, den Arbeitslohn zu kürzen. Entwertet hat sie die Arbeitskraft bereits dadurch, daß sie mit Hilfe der Maschine die Ware ungeahnt verbilligte. Sie erparte dadurch notwendige Arbeit und rief die Frauen- und Kinderarbeit hervor. Nun bezahlt sie die Arbeitskraft auch noch unter ihrem Wert, gestützt auf das Ueberangebot an Arbeitskräften. Hand in Hand damit geht die Entfestigung der Arbeit, gefördert durch weitgehende Teilung der Arbeit innerhalb der Werkstatt und Steigerung der Produktivität der Arbeit.

Die Folgen liegen auf der Hand. Bestimmt die zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendige Lebensmittelmengende den Arbeitslohn, so ist es der Arbeiterklasse nicht einmal möglich, die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen. Denn die Ware Arbeitskraft wird ja unter ihrem Wert bezahlt. Es tritt weitgehende Unterernährung ein. Nun kann schlechterdings von einer Befriedigung höheren Kulturbedürfnisses nicht gut die Rede sein — so scheint es.

Doch nicht allein die täglich notwendige Lebensmittelmengende bestimmt den Arbeitslohn, sondern die wirtschaftlichen Bedürfnisse überhaupt. Alle Bedürfnisse, zu deren Befriedigung direkt oder indirekt materielle Güter und wirtschaftliche Tätigkeit sind, kommen für das Wirtschaftsleben in Betracht. Außer dem eigentlichen Konsumtionsbedürfnis gehören dahin das Bedürfnis nach Erhöhung der eigenen Arbeitskraft, das Bedürfnis guter Kindererziehung, das Bedürfnis nach sozialer Besserung u. s. w. Das Recht der Arbeiterklasse auf soziale Leistungen des Staates, der Kommunen, Vereine und Genossenschaften wirkt günstig auf den Arbeitslohn und befruchtet das Interesse der Arbeiterklasse an der Kultur. Nicht umsonst bekämpfen die Gegner der Arbeiterklasse die Beiträge für soziale Institutionen, die ihren Anteil am Arbeitsertrage schmälern und den Widerstand der Arbeiter steigern. Der Kampf der Kapitalistenklasse gegen die Erweiterung der sozialen Gesetzgebung, gegen jede Reform der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung erscheint von diesem Standpunkt aus begreiflich, so unbegreiflich die Tatsache an sich, vom rein menschlichen, religiösen und ethischen Standpunkt aus betrachtet, ist. Die Bedürfnisse der Arbeiterklasse, die für das Wirtschaftsleben in Betracht kommen und günstig auf den Arbeitslohn einwirken, stellen sich im

letzten Grunde als das Bedürfnis dar, an allen Kultur-
erregungen teilzunehmen.

Die kapitalistische Warenproduktion, die Großindus-
trie erzeugt die Arbeiterklasse zur Kultur durch fort-
schreitende Technisierung und gesteigerte Produktivität
der Arbeit. Dabei wirkt die Entgeisterung der Arbeit
mit. Diese ist dem Industriearbeiter nicht mehr alles —
wie das der Fall bei dem Handwerker unter der mittel-
alterlichen Kundenproduktion war — infolge der weit-
gehenden Arbeitsteilung. Hervorgehoben wird dadurch
einmal die Unzufriedenheit mit der geisttötenden und
körperzerstörenden Teilarbeit und das Bestreben, die Ar-
beitszeit zu verkürzen und auf mehr Schultern zu ver-
teilen. Weiter wird das Bestreben nachgerufen, die Ge-
setzgebung zu beeinflussen und gegen die Schäden der
Großindustrie mobil zu machen. Es entsteht die Arbeiter-
bewegung als Trägerin des Kulturfortschritts, und es
entsteht das Kulturbedürfnis.

Dieses Kulturbedürfnis befriedigt das Proletariat
oft auf Kosten der Ernährung. Doch diese Art der Be-
friedigung wachsenden Kulturbedürfnisses ist völlig un-
zulänglich und findet natürliche Grenzen. Die Arbeiter-
klasse strebt nunmehr mit doppelter Gewalt danach, den
Arbeitslohn zu erhöhen. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse
der Arbeiterklasse wachsen ja beständig und begünstigen
den Lohnkampf, wie denn die Steigerung der Lebens-
mittelpreise den Lohnkampf verschärft. Und so ruht unter
der Herrschaft des Kapitals über die Produktion nie der
Kampf um höheren Arbeitslohn, der Kampf um den An-
teil am Arbeitsertrage.

So erweist sich das, was der herrschenden Gesellschaft
scheinbar günstig war, als das gerade Gegenteil. Die
Steigerung der Produktivität der Arbeit ist von großer
Bedeutung für die Arbeiterklasse. Dadurch werden wirt-
schaftliche Bedürfnisse geweckt, die vormals nicht in Frage
kamen. Allerdings wirkt die durch gesteigerte Produktivität
hervorgebrachte industrielle Reservearmee als ein
Hemmschuh auf die vorwärtstrebende Arbeiterbewegung,
auf das Streben nach wirtschaftlicher und geistiger Frei-
heit. Aber aufhalten läßt sich diese Entwicklung nicht.
Höchstens wird eine mangelhafte Befriedigung wachsen-
den Kulturbedürfnisses bewirkt. Das Streben nach Kul-
tur kann dadurch nur noch gesteigert werden. Ohne die
beständig wachsende Verelendung wäre ein Wachsen der
Unzufriedenheit innerhalb der Arbeiterklasse nicht mög-
lich. Die Beforgnis der herrschenden Gesellschaft, ihrer
Helfershelfer und Handlanger für die Religiosität des
Volkes, das ist der Arbeiterklasse, ist nur zu opportun,
eingedenk des Satzes: „Dem Volke muß die Religion er-
halten bleiben.“ Diese Beforgnis ist das Bestreben, die
Bedürfnislosigkeit zu erhalten und zu festigen.

Mit dem durch die kapitalistische Entwicklung geförder-
ten Wachsen der Unzufriedenheit wird der Druck geistiger
und wirtschaftlicher Unfreiheit durch die herrschende Ge-
sellschaft in immer steigendem Maße verschärft. Aber um-
sonst. Die Unzufriedenheit ist zu sehr in der kapitalisti-
schen Produktionsweise begründet, um durch solch Be-
ginnen der Reaktion in Zufriedenheit umgewandelt zu
werden. Was die herrschende Gesellschaft immer tun
mag, das wachsende Kulturinteresse und die Aufklärung
der breiten Masse des arbeitenden Volkes zu hinterreiben
— es muß daran scheitern, daß die wirtschaftliche Um-
wälzung die Aufklärung bedingt und fördert. Die Um-
wälzung der Produktionsweise durch das Kapital müßte
erst zum Stillstand gebracht werden. Aber machtvoll geht
sie vor sich, das Wirtschafts- und Geistesleben revolutionä-
rend.

Diese gewonnene Erkenntnis muß die Erziehung zur
Kultur befruchten. Es gelte der Satz: „Die Kultur dem
Volke, die Kunst dem Volke; keine Kultur ohne Arbeit,
keine Arbeit ohne Kunst.“

Das erreichen die Arbeiter durch den Zusammenschluß
in ihren wirtschaftlichen, politischen und allgemein kul-
turellen Organisationen und Institutionen. Sie über-
nehmen die Aufgabe des Staates, die der Klassenstaat
nicht erfüllen kann: die Aufgabe, dem Volk Interesse an
der kulturellen Entwicklung einzuführen, das Kultur-
interesse zu vertiefen und zu dessen Befriedigung macht-
voll beizutragen.

Darum keine Ueber- oder Unterschätzung der einen
oder anderen Organisation und Institution, sondern
Gleichstellung, die eine ist so wichtig wie die andere, keine
etwas Ganzes ohne die andere. Wie überall, wo Leben
herrscht, das Gegensätzliche in der Entwicklung notwendig
sich gegenseitig helfen und ergänzen muß, so auch hier.

Bereint vorwärts!

Sozialpolitisches aus dem Reichshaushalts-Etat.

Schon die früher mitgeteilte Zusammenstellung der Aus-
gaben der einzelnen Reichsämter lassen erkennen, daß auch im
nächsten Jahre wieder für das Reichsamt des Innern, das sich
bekanntlich mit den sozialpolitischen Aufgaben des Reiches zu
beschäftigen hat, nur ein sehr kleiner Teil der gesamten Reichs-
ausgaben bestimmt ist. Aber erst eine genauere Durchsicht des
Etats zeigt uns, daß auch von den Ausgaben des Reichsamt des
Innern sich nur die wenigsten auf sozialpolitische Zwecke be-
ziehen.

Im ordentlichen Etat bildet die größte Ausgabe, die hier in
Betracht kommt, die Aufwendung des Reiches für die Invaliden-
und Altersversicherung. Für das Jahr 1910 ist der Be-
trag von etwas mehr als 6½ Millionen Mark eingestellt, gegen
das Vorjahr 1,13 Millionen Mark mehr. Diese Zunahme ist
einzig und allein die Folge davon, daß naturgemäß die Zahl der
Rentenempfänger größer wird. Von einer Erhöhung der ganz
ungenügenden Invaliden- und Altersrenten aber ist gar keine
Rede.

Zur Unterhaltung der „Ständigen Ausstellung für Arbeiter-
wohlfahrt“ ist die Ausgabe von 50 000 Mark im Vorjahre auf
40 000 Mark herabgesetzt worden. Die Ausgabe hat bisher be-
tragen 35 642 Mark im Jahre 1906, 55 345 Mark im Jahre 1907,
46 077 Mark im Jahre 1908. Es soll versucht werden — heißt
es dazu in den Erläuterungen — mit einem Betrage von 40 000
Mark die Aufgaben der Ausstellung zu erfüllen. Welche Aus-
gaben für die Ausstellung ohne Schaden erspart werden können,
wird uns leider nicht gesagt. Und doch müssen wir unbedingt
verlangen, daß das Unternehmen in seiner Entwicklung nicht ge-
hemmt, sondern gefördert wird.

Als Beihilfe für die internationale Vereinigung für geset-
zgebende sind, wie im Vorjahre, 8000 M. verlangt worden. —
Zum erstenmal dagegen ist unter den „allgemeinen Fonds“ ein
Beitrag zu den Kosten des Verbands Deutscher Arbeitsnachweise
eingestellt worden. Dem Verband sind seit 1902 mehrfach
Beihilfen aus Reichsfonds gewährt worden. Die Fonds, aus
denen die Beihilfen bisher gezahlt worden sind, bieten für die

Zukunft nicht mehr die erforderlichen Mittel. Deshalb der neue
Fonds in dem Etat. Um die Zweckmäßigkeit dieser Ausgabe zu
beweisen, ist in den Erläuterungen angeführt, daß der Verband
deutscher Arbeitsnachweise dahin wirke, unter Verzicht auf eine
reichsgesetzliche Regelung, in freier Vereinbarung das Arbeits-
nachweiswesen in Deutschland weiter auszugestalten. Der Ver-
band verfolge insbesondere das Ziel, daß das ganze Reich mit
einem Netz von öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweisen um-
spannt wird, „durch die in einseitigen Arbeitgeber- und Ar-
beitnehmer-Arbeitsnachweisen hervortretenden Gegensätze aus-
geglichen und die Mißstände der gewerkschaftlichen Arbeitsver-
mittlung zurückgebrängt werden.“ Später würde die Aufgabe
hinzutreten, das Arbeitsangebot für die verschiedenen Bezirke
und Beschäftigungsgebiete auszugleichen. Dabei soll besonders
der Ausbau der Arbeitskräfte zwischen Land und Stadt gefördert
werden. Bedauerlich ist aber, daß der Betrag des Reiches für
diesen Zweck ebenso gering wie im vorigen Jahre geblieben ist,
obgleich eine beträchtliche Erhöhung notwendig wäre.

Die Behörden für die Untersuchung von Seunfällen erfor-
dern 38 500 Mark, dieselbe Summe wie im Vorjahre. — Die
Ausgaben für das Statistische Amt sind von 2 170 640 auf
2 194 115 Mark gestiegen. Aber auch dieses Amt hat viel mehr
mit andern Fragen als mit sozialpolitischen zu tun. — Das
Gesundheitsamt ist mit 833 840 Mark eingestellt, gegen das Vor-
jahr ein Mehr von 19 800 Mark. Es handelt sich um wesentlichen
nur um Erhöhung der Gehälter. — Das Reichsversicherungsamt
erfordert eine Ausgabe von mehr als 2½ Millionen Mark. Die
Zunahme im Vergleich mit dem Vorjahre stellt sich auf 57 305
Mark. Es müßten u. a. 7 weitere richterliche Beamte eingestellt
werden, weil die Zahl der zu entscheidenden Streitfälle gewachsen
ist. Zu wünschen wäre nur, daß die Richter mehr Zeit finden,
sich genauer mit den Arbeitsverhältnissen bekannt zu machen.
Denn in letzter Zeit hören wir von auffallend vielen solcher
Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes, die nach unfrüher
Ueberzeugung den besonderen Verhältnissen der Arbeiter nicht
in dem genügenden Maße gerecht werden. — Auffallend ist, daß
zur Zahlung der Kosten für Verweiserhebungen in Sprach- und
Verwaltungssachen nur 95 000 Mark, d. h. 25 000 Mark weniger
als im Vorjahre eingesetzt worden sind. In den Erläuterungen
heißt es dazu: die Ausgaben hierfür hätten sich in den letzten
Jahren ständig vermindert. Wie ist aber diese Verminderung
zu erklären? Es handelt sich hier um die Gebühren für Zeugen
und Sachverständige — einschließlich der Gebühren für ärztliche
Sachverständige. In den letzten Jahren wurden Klagen dar-
über laut, daß die Anträge der Arbeiter, die den Kampf um ihre
Rente führen müssen, auf Einholung eines ärztlichen Obergur-
achtens viel seltener als früher beim Reichsversicherungsamt be-
rücksichtigt werden. Den Arbeitern ist es aber nur zu oft absolut
unmöglich, einen Arzt zu finden, der gegen das oft ganz einseitige
Gutachten des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft ein
wirklich unparteiisches Gutachten abgibt. Deshalb ist es für die
Arbeiter von der höchsten Wichtigkeit, daß das Schiedsgericht, und
wenn dieses es abgelehnt hat, dann wenigstens das Reichsversiche-
rungsamt ein weiteres ärztliches Gutachten einholt. Eine zu
weit getriebene Sparjamkeit in dieser Bestehung müßte die Ar-
beiter aufs schwerste schädigen.

In dem Etat des Kanalamtes werden u. a. 20 000 Mark zu
Lohnerhöhungen der Arbeiter gefordert. Außerdem soll bestimmt
werden, daß die Einnahmen aus dem Erlöse von Erlaubnisakten
zum Besuche der Kanalanlagen, sowie aus der Erlaubnis zum
Angeln im Kaiser-Wilhelm-Kanal für Arbeiterwohlfahrtszwecke
verwendet werden sollen. Das soll aber auf dem Umwege ge-
schehen, daß die Gelder dem „Kanal-Frauen-Verein“ überwiesen
werden. Dieser Verein habe, wird in den Erläuterungen ver-
sichert, seine Tätigkeit in den Dienst der Wohlfahrtszwecke für die
Angehörigen der Kanalverwaltung gestellt und sei berufen, die
amtliche Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohlfahrtszwecke zu
unterstützen und zu ergänzen. Seine Organisation ist deshalb
eng an die Kanalverwaltung angeschlossen, und in den leitenden
Stellen sowohl des gesamten Vereines als auch der einzelnen
Ortsgruppen sind Beamte der Kanalverwaltung tätig. — Dar-
über werde der nötige Einfluß der Beamten gesichert und ein
enges Zusammenarbeiten im Sinne der Kanalverwaltung ge-
währleistet. — Es fragt sich jedoch, ob auch die Arbeiter selbst
den notwendigen Einfluß auf die Leitung der Wohlfahrtszwecke
haben.

Von den einmaligen Ausgaben sind hervorzuheben: Zur
Förderung der Bekämpfung des Typhus 175 000 Mark, 25 000
Mark weniger als im Vorjahre. — Beitrag an das Internatio-
nale Institut für Sozialbiographie 15 000 Mark, wie im Vor-
jahre. — Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der
Tuberkulose 100 000 Mark, 20 000 Mark weniger als im Vor-
jahre.

Neueingestellt sind: Beihilfe an den Verband der Deutschen
gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsanwaltskassen 1000
Mark Beitrag zur Förderung des ärztlichen Fortbildungswesens
10 000 Mark. Im März 1908 ist ein Reichsausschuß für
das ärztliche Fortbildungswesen gebildet worden, der die Auf-
gabe verfolgt, die wissenschaftliche Fortbildung der deutschen
Ärzte — insbesondere auf den Gebieten der Versicherungsge-
setzgebung, der Gewerbehygiene, der Seuchenbekämpfung und der
Volkskrankheiten — ein einheitlicher Weise zu fördern. Es ist
erfreulich, daß das Reich dieses Unternehmen unterstützt. Der
geforderte Betrag soll insbesondere verwendet werden für die
Unterhaltung der Geschäftsstelle des Reichsausschusses, für die
Förderung von Kursen und Vorträgen, sowie für die Schaffung
und Ausgestaltung einer geeigneten Lehrmittelsammlung.

Schließlich bringt der außerordentliche Etat die Förderung
von 2 Millionen Mark zur Förderung der Herstellung geeigneter
Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in
den Betrieben und in den Verwaltungen des Reiches, sowie in
den Betrieben der Militärverwaltungen durch Gewährung von
Darlehen an Private und an gemeinnützige Unternehmungen;
Bauvereine, Vaugenossenschaften, Vaugesellschaften u. a., ferner
zum Erwerb geeigneten Baugeländes für Häuser mit solchen
Wohnungen. Vom Jahre 1901 bis zum Jahre 1909 sind ins-
gesamt 37 Millionen Mark für diesen Zweck bewilligt worden.
Hiervon standen am 1. April d. J. noch 4 Millionen Mark zur
Verwendung. Aus diesem Grunde ist die Förderung von 2 Mil-
lionen Mark im Vorjahre auf 2 Millionen Mark herabgesetzt
worden. Gut wäre es aber gewesen, wenn gerade in dem letzten
Jahre, weil die Bautätigkeit im allgemeinen infolge der wirt-
schaftlichen Krise gering war, der ganze vorhandene Betrag ver-
wendet worden wäre.

Praktische Arbeit.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage folgende
Anträge bzw. Resolutionen eingebracht:

1. Bauarbeitergesetz.
2. Entwurf eines Gesetzes betreffend die Haus- und Heim-
arbeiter und die Hausgewerbetreibenden.
3. Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes.
4. Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungskom-
missionen.
5. Abänderung der Reichsverfassung (Verantwortlichkeit des
Reichskanzlers).
6. Erweiterung der Abgeordneten-Immunität.
7. Erweiterung der Rechte des Reichstages.
8. Einführung des Reichstagswahlrechts für die Wahl der
Landtage in den deutschen Bundesstaaten.
9. Reichsgesetzliche Regelung des Vertragsverhältnisses der
in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben tätigen
Arbeiter.
10. Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages unter
Freilassung der Sonnabendnachmittage.
11. Regelung des Wohnungswesens.

12. Einheitliche Regelung der privaten Pensionsklassen.
13. Schaffung einer Reichsbehörde zur Untersuchung von Un-
fällen im Bergbau.
14. Vorlage eines Reichsberggesetzes.
15. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter
Tag.
16. Schutzbestimmungen für die Arbeiter in Walz-, Hütten-
hammerwerken und Metallschleifereien.
17. Abänderung des Lohnbeschlagnahmengesetzes. (Hinauf-
setzung des Existenzminimums von 1500 auf 2000 Mark.)
18. Reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens.
19. Sondergerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten zwi-
schen land- und forstwirtschaftlichen Unternehmern und
ihren Arbeitern und Dienstboten.
20. Schutz der Arbeiter in der Glasindustrie.
21. Reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der
Privatbeamten.
22. Abänderung des Handelsgesetzbuches zum Vorteil der
Angestellten.
23. Ausdehnung der Wirksamkeit der Kaufmannsgerichte.

Einige weitere Anträge befinden sich noch im Stadium der
Vorbereitung.
Die schwarzen Brüder werden nun wieder in die Welt
hinausfliegen: Die Sozialdemokratie leistet keine positive Arbeit.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Lohnkosten im Baugewerbe und die Konjunkturaussichten.
— Kohlenmarkt und Preispolitik des Kohlenindustrials. — Der
deutsche Arbeitsmarkt im Herbst.

Die Verhandlungen über die Neugestaltung der Tarifver-
einbarung im Baugewerbe lenkt den Blick unwillkürlich auf die
wirtschaftliche Lage dieses Gewerbes. Denn sieht man von
allem wichtigen und minderwichtigen Beisatz ab, so handelt es
sich bei den Vereinbarungen in der Hauptsache doch um die
Frage, wie hoch die Lohnkosten im Baugewerbe an-
gesetzt werden können. Das Baugewerbe befindet sich in der
glücklichen Lage, daß es nur einer lokalen Konkurrenz ausgesetzt
ist, daß daher bei der Bemessung des Lohnniveaus und bei der
Festsetzung der sonstigen Arbeitsbedingungen keine Rücksicht auf
irrtelolare oder gar internationale Konkurrenz zu nehmen ist.
Gewiß, eine zu heilige und zu rasche Verteuerung der Bautätigkeit
würde sich auch nachteilig äußern, aber es ist anzunehmen, daß
für eine solche Verteuerung in viel höherem Grade die Wert-
steigerungen von Grund und Boden als die Steigerung der Bau-
kosten infolge höherer Löhne verantwortlich zu machen sind.
Zwar wird von den Arbeitgebern eine andere Auffassung ver-
treten: Danach soll die Steigerung der Baukosten durch die
höheren Löhne veranlaßt sein. Auf dieser Auffassung beruht
auch das Verlangen nach der Festsetzung einer Mindestleistung.
Aber gerade hier liegt eine starke Verengung der tatsächlichen
Verhältnisse vor: Die Leistung des Durchschnittsarbeiters ist im
Laufe der Jahre nicht nur zurückgegangen, sondern sie
dürfte sogar gestiegen sein. Die Lohnsteigerungen sind mit einer
Steigerung der Leistungen Hand in Hand gegangen. Ein bei-
nahe schlagender Beweis ist darin zu erblicken, daß zwar die Zeit-
löhne gestiegen, aber die Akkordlöhne für die nämliche Arbeit im
Laufe der Jahre gleich, teilweise sogar zurückgeblieben sind.
Wenn trotzdem der Verdienst pro Mann im Akkord gewachsen
ist, so eben nur auf Grund einer höheren Leistung. Sollte über
diesen Punkt bei den Verhandlungen über den neuen Tarif eine
Meinungsverschiedenheit entstehen, so wäre es endlich an der
Zeit, über ihn völlige Klarheit zu schaffen. Das wäre durch
Anzüge aus den Geschäftsbüchern einiger großen Firmen sehr
leicht zu ermöglichen. Stellt sich in der Tat heraus, daß die
Löhne nicht stärker als die Arbeitsleistung gewachsen sind, so
wäre eine ablehnende Haltung der Arbeitgeber gegen eine Ver-
besserung der Arbeitsbedingungen um so weniger begründlich,
als auch die Baukonjunktur für die nächsten Jahre
überaus günstig zu werden verspricht. Fast drei Jahre hindurch
lieferte auf der Bautätigkeit im Deutschen Reiches eine gewisse
Depression. Im laufenden Jahre hat sie nicht nur nachgelassen,
sondern sie ist in den Herbstmonaten fast überall geworden.
Das Herbstgeschäft auf dem Baumarkt war bis zum Eintritt der
Frostperiode überaus günstig, und nach den Vorgängen auf dem
Geldmarkt, nach den Investitionen im Bau- und Terrain-
wesen zu schließen, ist im kommenden Jahre mit einem Auf-
schwung der Bautätigkeit zu rechnen. Unterstützt werden diese
günstigen Aussichten einmal durch die Besserung der allgemeinen
Konjunktur, die den Bedarf von gewerblichen Erzeugnissen
wieder zunehmen läßt, sodann aber auch durch die Verschiebung
von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt. Im
Laufe der letzten Jahre hat sich das Ueberangebot so vermin-
dert, daß selbst in den Großstädten dem wachsenden Bedarfe
Rechnung getragen werden muß.

Ränge nicht so günstig liegen die Aussichten im Kohlen-
bergbau. Zwar hat der Verbrauch und damit der Bedarf im
laufenden Jahre schon wieder eine kräftige Hebung erfahren,
auch wird die Besserung im nächsten Jahre in starker Pro-
gression fortschreiten, aber dabei darf nicht übersehen werden,
daß der Markt mit Kohlenvorräten noch überladen ist. Diese
Vorräte befinden sich teils bei den Zechen, teils im Handel, teils
aber auch bei den Kohlenverbrauchern selbst. Wenn wir leider
auch keine Vorratsstatistik, nicht einmal die Anfänge dazu be-
sitzen, so kann man doch einen indirekten Beweis für das Vor-
handensein starker Vorräte führen. Es ist kaum anzunehmen,
daß im Jahre 1908 der Kohlenverbrauch stärker gewesen ist als
1907. Auch im Jahre 1909 kann das Plus des tatsächlichen Ver-
brauchs nicht bedeutend über das Jahr 1907 hinausgegangen
sein. Nun betrug aber die Versorgung des deutschen Marktes
mit Kohle in den ersten drei Quartalen 1907 153,80 Millionen
Tonnen, 1908 aber im nämlichen Zeitraum 160,04 Millionen
und 1909 158,30 Millionen Tonnen. Das heißt, auf den Kopf
der Bevölkerung kam 1907 eine Kohlenmenge von 2486,30 Kilo-
gramm, 1908 eine solche von 2550,98 und 1909 von 2488,20. Ist
es schon unwahrscheinlich, daß 1909 pro Kopf der Bevölkerung
schon wieder mehr Kohle verbraucht wurde als 1907, so erscheint
es ganz und gar ausgeschlossen, daß 1908 der tatsächliche Ver-
brauch der hohen Versorgungssäule entsprochen hat. Wenn der
Monat Oktober das Bild der Marktlage etwas gebessert hat, so
einfach aus dem Grunde, weil die Ausfuhr forciert, die För-
derung aber möglichst eingeschränkt worden ist. Dabei trat in
der Nachfrage die herbstliche Belebung wieder stärker hervor als
in den beiden letzten Jahren, so daß die Mangelhaftigkeit auf dem
Kohlenmarkt merklich nachgelassen hat. Aber diese Besserung ist
darum vorichtig zu bewerten, weil die Kohlenförderung noch
immer stark eingeschränkt ist. Würde mit voller Förderung
gearbeitet, so würde der Kohlenmarkt noch mehr als bisher schon
mit Vorräten überladen sein. Es ist nicht anzunehmen, daß die
Besserung der Marktlage im Oktober auf eine bewusste Politik
der Kohlenzechen zurückzuführen ist. Trotzdem wird sie dem
Beirat des Kohlenindustrials sehr gelegen kommen, denn in diesen
Tagen, am 29. November, zusammentritt, um die Richtpreise
für das Jahr 1910/11 festzusetzen. Es wurde schon die Meinung
vertreten, daß der Beirat die jetzt geltenden Preise belassen
würde. Ueber die Entscheidungen des vielköpfigen Beirates
läßt sich heute noch gar nichts sagen. Aber es ist kaum anzuneh-
men, daß bei der Entscheidung des Beirates die allgemeinen
Konjunkturaussichten nicht mitzupreden sollten. Geschieht dies
aber, wozu soll man sich in Illusionen wiegen? Der Beirat des
Syndikats wird unter Berücksichtigung der zu erwartenden
Marktlage die Preise so hoch ansetzen, als er glaubt, daß das
Syndikat sie beim Verkauf in den unbefruchteten Gebieten wird
durchsetzen können. Rücksichten auf allgemeine volkswirtschaft-
liche Interessen nimmt der Beirat des Kohlenindustrials nicht, er
vertritt nur die Interessen der im Syndikat vereinigten Kohlen-
zechen. Sollte trotzdem der Beirat die jetzigen Richtpreise auch
für 1910/11 belassen, so würde daraus nur hervorgehen, daß

Die Mehrheit des Beirats die Konjunkturaussichten noch wesentlich ungünstiger beurteilt, als dies in anderen Kreisen der geschäftlichen Praxis geschieht.

Beschränkt man sich auf die Beurteilung der gegenwärtigen Lage, so ist für den Arbeitsmarkt eine recht erhebliche Besserung während der Herbstmonate zu konstatieren. Als charakteristische Wendung ist festzuhalten, daß der Andrang in den Herbstmonaten des laufenden Jahres wieder hinter dem Vorjahre zurückbleibt. Darin liegt eben die Erholung. Nach den Aufzeichnungen des Arbeitsmarktes stellte sich der Andrang Arbeitsuchender auf je 100 offene Stellen in den nachstehenden Monaten wie folgt:

	Juli	August	September	Oktober
1908	149,0	152,2	136,5	165,8
1909	161,0	146,0	124,0	142,9
Differenz	+ 12,0	- 6,2	- 12,5	- 22,9

Die Erleichterung war also im Oktober besonders kräftig, was nicht ausschließt, daß der Andrang im Oktober an sich höher war als im September. Das ist eine alljährliche Erscheinung, die die Bedeutung der Besserung gegen 1908 nicht abschwächen kann. Auch die Zunahme der Beschäftigten war in keinem September der letzten drei Jahre so hoch wie 1909. Mit Oktober schließt allerdings die Herbstperiode auf dem Arbeitsmarkt, und es tritt die Winterperiode mit einem regelmäßig starken Anwachsen des Andrangs und damit der Arbeitslosigkeit ein. Sie wird im laufenden Winter nicht mehr ganz so hoch answellen wie voriges Jahr, aber immerhin wird der Umfang der Arbeitslosigkeit noch groß genug sein, um das Jahr 1909 als ein Krisenjahr für den Arbeitsmarkt bezeichnen zu müssen.

Berlin, am 28. November 1909.

Richard Calwer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Dem Kollegen Hermann Keil, geboren am 26. September 1887 zu Apolda, ist in Osnabrück sein Verbandsbuch gestohlen worden. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Dem Kollegen Andreas Wiggall wurde am 3. Dezember 1909 in Weimar sein Buch Nr. 5300 gestohlen. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Korrespondenzen.

Alagen. Kein Glück hat, wie es scheint, der Christliche Keram- und Steinarbeiterverband mit seinen Versammlungen. Die erste öffentliche Versammlung verlief hier resultatlos. Der Referent wollte wegen den paar Mann, die erschienen waren, nicht seine Lunge anstrengen. Die zweite Versammlung war am 7. Uhr angefangen, der Herr Referent war „pünktlich“ um 10 Uhr erschienen und die Sitzung dauerte bis spät in die Nacht hinein. Zum drittenmal wurde eine öffentliche Versammlung anberaumt, doch der Bezirksleiter war am Erscheinen verhindert, er telephonierte ab, es kam ein anderer Redner. Doch jetzt waren die Kollegen nach Warstein zur Versammlung gewandert, wegen der Errichtung eines Gewerbegerichtes. Nun sollte endlich am 28. November eine öffentliche Versammlung stattfinden, das Lokal war gut besetzt, Anfang laut Plakate 1/8 Uhr. Doch es wurde 7 Uhr und immer noch war kein Bezirksleiter zu sehen. Große Unruhe bemächtigte sich der „Keramiker“. Die Anwesenden, die da saßen, waren gerade nicht angenehm für ihre Beamten. Man muß sich erweckeln wundern über die große Gehuld der Christlichen, andererseits über die große Schlampe ihrer Vertreter. Endlich kam die Meldung: Der Bezirksleiter hält in Anrücke eine Versammlung ab; er kommt aber per Wagen nach Alagen. Er ist aber bis heute hier noch nicht gekommen, jedenfalls ist die Nase unterwegs gebrochen, oder wollte seinen Zusammentreffen mit dem „roten“ Gauleiter aus dem Weg gehen, welcher, was vorher bekannt war, auch anwesend war. Einige Christliche sagten uns, sie wären vor lauter Scham, weil sie so im Stiche gelassen wurden, beinahe in die Erde gegangen. Der christliche Redner wollte hier wahrscheinlich seinen Hut ausstrecken, aber die Anwesenden wollten mehr Aufklärung über berufliche Dinge haben! Oder sollen das die Christlichen Redner nicht können? — Ihr christlichen Herren, trübt weniger die Zitatensätze, desto mehr aber die Verhältnisse der Steinindustrie.

Mt-Barthau. In der vorletzten Nummer des „Stein- arbeiter“ wurde über schlechten Geschäftsgang in den Plagwitzer und Hohenauer Sandsteinbrüchen berichtet. Dasselbe trifft auch für die Barthauer Brüche zu. Hier kommen drei Firmen in Betracht, und zwar Zeidler u. Himmel, Schilling und Niggel. Es gehen hier noch circa 40 Steinmehnen in Arbeit, während früher bis 100 und noch mehr beschäftigt waren. Der Schilling'sche Betrieb ruht vollständig, außer einigen Brechern, welche noch beschäftigt sind. Bei der Firma Zeidler u. Himmel war fast den ganzen Sommer und Herbst keine Arbeit vorhanden, jetzt sind einige Kollegen wieder eingestellt worden. Ebenso mußte bei der Firma Niggel im Herbst ausgefetzt werden. Es sind jetzt wieder einige Mann eingestellt worden. Eine große Anzahl verheirateter Brecher und Arbeiter, welche viele Jahre in den Betrieben beschäftigt waren, mußten von hier abwandern, um anderweitig Arbeit zu suchen. So steht es im ganzen Baugewerbe Distrikt aus, und ob hier in absehbarer Zeit bessere Verhältnisse eintreten, ist sehr fraglich. — Auf Sammelstellen für unsere Arbeitsblätter in Schweden wurden 600 Mark aufgebracht. Ein Beweis von internationaler Solidarität für eine Zahlstelle von 60 Mitgliedern, trotz großer Arbeitslosigkeit.

Demitz-Thumitz. Schon wiederholt haben wir in unserer Zeitung darauf hingewiesen, daß der Steinarbeiterverband, welcher auch im Demitz-Thumitzer Granitgebiet bedeutend an Boden gewonnen hat, den Unternehmern ein Dorn im Auge ist. Besonders aber scheint den Unternehmern die Anstellung des Lokalbeamten, welche in diesem Frühjahr erfolgt ist, so recht unangenehm zu sein, und so wird dieser auf alle Art und Weise bekämpft, da sie der Meinung sind, daß dadurch die Organisation niedergebunden ist. Nicht genug, daß sie dem Vertrauensmann das Betreten der Betriebe verbieten, gehen sie jetzt sogar mit Anzeigen gegen selbigen vor, wie dies kürzlich Herr Dirus, Mitinhaber der Firma Sparmann, getan, aber bei der am 30. November stattgefundenen Verhandlung vor dem Schöffengericht in Bischofswerda schmachlich Schiffbruch gelitten hat.

Vor mehreren Wochen trug der Vertrauensmann, Kollege Purtsche, die Fachpresse in die Brüche, dabei einen Weg benutzend, der an einem der Firma Sparmann gehörigen Betriebe vorbeiführt. Hierbei wurde er von Herrn Dirus getroffen und zur Rede gestellt. Wer nun aber glaubte, daß es damit abgetan sei, hatte die Rechnung ohne Herrn Dirus gemacht. Einige Zeit darauf wurde Kollege Purtsche von der Amtshauptmannschaft eine Strafverfügung in Höhe von 5 M. zugestellt, weil er auf einem durch Warnungszeichen geschlossenen Privatweg gegangen sein sollte. Da nun aber dieser Weg weder durch Warnungszeichen, noch sonst durch irgend ein Verbot geschlossen ist und auch allgemein benutzt wird, nahm Kollege Purtsche an, daß auch ihm das Recht zusteht, auf diesem Wege zu gehen, und beantragte gerichtliche Entscheidung. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Bischofswerda mußte Herr Dirus selbst zugestehen, daß dieser Weg nicht durch Warnungszeichen geschlossen ist und auch von anderen Leuten benutzt wird, und er im allgemeinen den Weg nicht verbieten will. Mit anderen Worten, nur Purtsche soll den Weg nicht benutzen, um nicht an die Arbeiter heranzukommen, oder etwa im Betriebe bestehende Mißstände in Augenschein nehmen zu können. Auch erklärte Herr Dirus, daß die an den Werplätzen angebrachten Warnungstafeln nur wegen Purtsche anbracht worden sind. Trotz den Aussagen des Herrn

Dirus konnte sich das Gericht von einer Schuld nicht überzeugen, und so wurde Kollege Purtsche freigesprochen und die Kosten auf die Staatskasse übernommen. Dieser Vorgang zeigt deutlich, mit welchen Mitteln die Unternehmer arbeiten, um die Organisation niederzuhalten. Wenn sie aber glauben, mit solchen kleintlichen Nadelstichen die Arbeiter auf die Dauer irre zu führen, so sind sie auf dem Holzwege. Auch im Demitz Granitgebiet bricht sich unter den Steinarbeitern die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß die Arbeiter nur durch ein geschlossenes Ganzes eine Macht bilden. Wir möchten den Granitindustriellen deshalb raten, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Dieses gilt nicht nur der Firma Sparmann, auch in anderen Betrieben herrschen noch Zustände, die geradezu himmelschreiend sind. Wir wollen dabei nur auf die schlechte Behandlung und Bezahlung durch den Polter Mandig bei der Firma Döde u. Forde hinweisen, befehlen uns aber vor, darauf noch später an dieser Stelle einzugehen.

Deßeln (Amt Waldshut). Die Pflastersteinarbeiter des Schwarzwalbes sind im allgemeinen nicht verwöhnt durch zu herrliche Löhne oder angenehme Arbeitsverhältnisse. Besonders hervorragendes in bezug auf Zumutung ungünstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse leistet sich Herr Nikolaus Müller aus Schaffhausen, Pflastermeister und Steinhändler seines Zeichens. Für seinen Steinbruch in Steinatal bei Waldshut sucht er des Sommers Arbeitskräfte mit den süßesten Versprechungen. Hat er aber seine dringenden Arbeiten erledigt, so ist es aus mit der Liebe und Güte. Um überhaupt Arbeiter in seinen Steinbruch zu bekommen, mußte er mit Rücksicht auf das miserable Material zum Akkordlohn pro Tag noch 1 Mark zahlen, andernfalls ein Arbeiter nicht hätte existieren können. Vor kurzem wurde diese Ungleichsuzage einfach nicht mehr ausgezahlt. Da der edle Herr aber sich mit Kleinigkeiten nicht abgibt, zog er noch pro Stein 3 Pfg. ab. Als die Kollegen erklärten, nicht zu diesen Preisen arbeiten zu können, kündigte er ihnen. Bevor noch die 14tägige Kündigungsfrist abgelaufen war, nahm der Polter am Tage vorher den Kollegen das Geschäft weg mit der Erklärung, daß am nächsten Tage Feiertag ist, was nicht der Fall war. Taurig sind die Betriebsverhältnisse bestellt. Arbeitsbuden sind gar keine vorhanden, die Frühstücksbude ist viel zu klein und nicht dicht. Für Ventilation ist in unerwünschter reichem Maße Gelegenheit vorhanden. Löcher, so groß, daß man mit dem ganzen Arm herauslangen kann, sorgen dafür, daß ständig ein kühler Wind durch die Gassen weht. Im Nebenbereich dient die Bude noch als Lager- und Aufbewahrungsort aller möglichen und unmöglichen Sachen. Um die Frühstücksbude überhaupt erreichen zu können, muß erst ein kleines Schüttgebirge überwunden werden. Gleichartig verschänzt wie eine unnahbare Festung ist der Abort, was oft eine sehr fatale Sache ist. Unter den mancherlei Sachen in der Frühstücksbude befinden sich auch an der Wand zwei kleine Kästen, in denen entgegen den strengen Vorschriften das Pulver aufbewahrt wird. Revisionen des Betriebes fanden schon statt durch die Fabrikinspektion, wie durch die Berufsgenossenschaften. Ob durch die revidierenden Beamten nichts entdeckt worden ist, was Anlaß zur Beanstandung gegeben hätte, wissen wir nicht, aber geändert hat sich trotz der Revisionen nichts. Im Schluchthal

Um am Jahreschluß die Abrechnung der Hauptkasse schnellstens vornehmen zu können, ersuchen wir alle Zahlstellenkassierer, bis spätestens 31. Dezember mit sämtlich verkauften Markenmaterial abzurechnen. Dies ist in diesem Jahre um so eher möglich, weil schon am 25. Dezember die 52. Wochenmarke zu leben ist.

Ferner sind bis zum genannten Termin sämtliche Belege über die auf Konto der Hauptkasse ausgezahlten Gelder einzufenden, d. h. soweit diese noch zu verrechnen sind. Dies ist notwendig, damit auch die für 1909 gezahlten Unterstufungen in die Jahresabrechnung von 1909 eingestellt werden können. Ohne Belege kann nichts verrechnet werden.

Der Zentralvorstand.

bei Tiengen hat derselbe Unternehmer einen neuen Bruch angelegt, wo die Steinhauer mit denselben Lohn- und Arbeitsverhältnissen beglückt werden sollen, als wie im Steinatal. Wir machen alle Kollegen auf die Firma aufmerksam und empfehlen ihnen, wenn sie sich vor Enttäuschung bewahren wollen, die Betriebe derselben zu meiden. Nicht ohne Schuld an den haarsträubenden Zuständen und der Willkür sind die Kollegen, die bis jetzt dort beschäftigt waren. Es sind 10 alte Mitglieder des Verbandes. Sie haben während des ganzen Jahres geduldig und gleichgültig den ungeschicklichen Zuständen zugehört. Erst jetzt, nachdem sie zum Dank für ihre Gleichgültigkeit auf die Straße gesetzt worden sind, nehmen sie dagegen Stellung. Wenn der Betrieb eingestellt worden ist, haben sich die Mißstände allein auf. Im nächsten Frühjahr beginnt der gleiche Tanz wieder und am Schluß zum Winter kommt wieder die verpöbelte Kritik.

Hamburg II. In einer am 25. November stattgefundenen Extraversammlung wurde über die Tarifkündigung lebhaft debattiert. Ein großer Teil der Redner sprach sich für die Kündigung aus. Darauf gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die gegenwärtige Situation im Baugewerbe, erörterte das für und Wider und empfahl die Nichtkündigung des Tarifs unperfekt, hervorhebend, daß die Tarifkündigung ja auch vom Gegenkontrahent noch zu erwarten sei. Die Versammlung folgte dem Hinweise des Vorsitzenden und beschloß, von einer Tarifkündigung Abstand zu nehmen. In der hierauf folgenden Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Melchior als erster Vorsitzender einstimmig wiedergewählt, ebenso Otto Filly als Kassierer und S. Fritto als Schriftführer. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege J. Flud und als zweiter Revisor E. Bredfeld gewählt, während Kollege H. Müller sein Amt als erster Revisor behielt. In der kommenden Dezemberversammlung soll über die Weihnachtsunterstützung arbeitsloser Kollegen sowie über das Inkrafttreten der Arbeitslosenunterstützungskasse am 1. Januar 1910 nach halbjähriger Karenzzeit Beschluß gefaßt werden.

Langensalza. Am 24. November fand im Schloßkeller unsere Monatsversammlung statt. Nach Erledigung der ersten zwei Punkte, welche für die Allgemeinheit weniger Wichtiges zutage förderten, kam im Punkt Verschiedenes eine sehr unliebsame Angelegenheit zur Sprache. Es wurden hier Stimmen laut, die die Tätigkeit unverser jetzigen Platzkassierers Georg Hellenknecht in bezug auf Ehrlichkeit in Zweifel setzten. Auf Antrag eines Kollegen wurden zwei Mann beauftragt, sofort sein sämtliches Material, Bücher, Marken usw., aus seiner Wohnung zu holen und der Versammlung vorzulegen. Dieses hatte nun auch den Erfolg, daß wir auf Grund der Untersuchung feststellen konnten, daß derselbe die Kollegen auf die raffinierteste Art und Weise betrogen hat. Eine außerordentliche Versammlung am 28. November beschäftigte sich wieder mit dieser Sache und hier berichtete die Kommission, daß sich die unterschlagene Summe auf circa 100 Mark beläuft. Es wurde S. auch Frist gegeben, diese Summe bis zum 4. Dezember zurückzahlen. Nach nochmaliger genauer Prüfung betrug die Unterschlagung 100 M. 10 Pfg. Die Polizei hat Hellenknecht bereits verhaftet.

Meißen I. In der am 30. November in der Weintraube abgehaltenen Steinarbeiterversammlung, welche sehr gut besucht war, referierte Kollege Staudinger über die Entwicklung der deutschen Industrieverbände. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in welcher zum Ausdruck gebracht wird, daß die Aufnahme der Hilfsarbeiter praktisch gelöst werden soll. — In

der hiesigen Zahlstelle herrscht jetzt flauer Geschäftsgang, Tarifreduzierungen sind keine Seltenheit. In der Dombauwerkstätte sind ebenfalls bloß mehr acht Kollegen tätig. — Die Krankengelder werden von nun ab Sonntags ausbezahlt. Zum Vertrauensmann wurde Kollege Starke gewählt. Dem bisherigen Vertrauensmann, Kollegen Godermeier, wurde für seine Amtsführung große Anerkennung gezollt. Kollege Steininger forderte auf, daß sich unsere Verbandsmitglieder recht zahlreich an dem Unterrichtskursus über Sozialismus beteiligen möchten.

Ottenshöfen. Die geteilten Meinungen der Kollegen über die Sperreverhängung über einen Betrieb veranlassen mich, ein paar Worte darüber zu verlieren. Wenn Lohnbewegungen, Aussperrungen, Maßregelungen, Angriffs- oder Abwehrkrisen provoziert werden, so ist in erster Linie die Sperreverhängung ein gutes Mittel, was ja im gegebenen Moment richtig ist. Wenn aber das Gewitter sich wieder verzogen hat — mag es zugunsten der betreffenden Kollegen oder zu deren Nachteil ausgefallen sein —, so glaube ich, daß es besser ist, wenn auch die Sperre über den in Frage kommenden Betrieb wieder aufgehoben wird. Aus dem einfachen Grunde, weil die Sperre bloß von den Organisierten beachtet wird, nicht aber von den Unorganisierten. Die Organisierten meiden solche Betriebe, die gesperrt sind, und die Unorganisierten finden dort ihr Eldorado, und so ein Betrieb ist meistens für uns verloren. Unfre Kollegen, die in solchen Betrieben sind, haben dann einen doppelt schweren Kampf zu führen. Erstens mit den Unternehmern, die ihnen mit Hilfe der Unorganisierten alles Ergründene illusorisch machen, und zweitens mit den uns in den Rücken Gefallenen selbst. Deswegen glaube ich, daß das Befehlenlassen der Sperre nach einem geführten Kampfe besser überlegt werden muß. Viele meinen, die Sperre muß bestehen bleiben, weil wir verloren haben; da können wir den Unternehmern noch etwas auswichen. Meistens fallen wir herein. Ich könnte Beispiele anführen, unterlasse es aber aus kollegialen Gründen. Wir müssen bei unsern Aktionen mit der Sperreverhängung deshalb vorsichtiger sein. Wenn im Juni, August eine Sperre verhängt wird, so wird sie meist wirksamer sein, als wenn wir dieses Mittel im Monat Dezember benutzen. Aber viele unserer Kollegen kennen nichts andres als Publizierung der Sperre. G.

Winterhausen. Die Firma Better-Eltmann, die am hiesigen Ort einen Werplatz und in Großmannsdorf zwei umfangreiche, äußerst rentable Muschelfalksteinbrüche besitzt, war mit Arbeitsaufträgen das ganze Jahr über und auch jetzt noch reichlich versorgt. Der Anbau des Rathauses in Leipzig, ein bedeutender Auftrag, ist hier zum größten Teil angefertigt worden. Die Entlohnung der Steinmehnen ist, wie in allen Betrieben des ganzen Unterfränkischen Gebietes, auch bei der Firma Better, als gering zu bezeichnen. Würde nicht die Gewinnung des Rohmaterials infolge der hohen Grundstückspreise, die zum Teil von den Firmen selbst geschaffen wurden, etwas höher zu stehen kommen als beim Sandstein, so wäre jedes Konkurrenzmaterial ausgeschaltet. Selbst Kunststein und Beton könnte nicht gegen den Muschelfalkstein antämpfen. In den beiden Brüchen sind die Kollegen leiblich organisiert, nur fehlt es an der nötigen Kollegialität und Solidarität, jeder einzelne, die Einheimischen wie Fremden, mögen sich nach dieser Richtung hin etwas bessern. Unter den Kollegen des Werplazes machte sich, nachdem die von seiten der Gautommision unternommenen Schritte wiederholt ergebnislos waren, der Gedanke der Organisation geltend. Vor kurzem fand nun zu diesem Zwecke eine Betriebsbesprechung, zu der ein ganz beträchtlicher Teil Kollegen erschienen war, statt. Die Firma Better ist nun aber, wie ja hinreichend bekannt ist, kein Freund des Koalitionsrechtes für Arbeiter, sie selbst gehört dagegen dem Verbands Deutscher Steinmehngeschäfte an. Damit sich nun die Kollegen im Betriebe Winterhausen ja nicht organisieren, wurden alle zur Verfügung stehenden Mittel zu ihrer Bekämpfung angewandt. Schon im Frühjahr wurde ein Kollege, weil er das Verbrechen begangen hatte, Einladungszettel zur Versammlung zu verteilen, entlassen. Auch nach dieser Bestrafung wurde ein Kollege, der bei der Firma im Berufe stand, der Arrangeur zu sein, am andern Tage gemahregelt. Dieser Mann hatte weiter nichts getan, als wie die übrigen, der Besprechung beigewohnt. Die Firma glaubt nun auf diese Weise uns ständig unterdrücken zu können. Fest steht, wenn es ihr diesmal auch noch gelungen ist infolge ihrer Maßnahmen die Organisation im Keime zu ersticken, dauernd fruchtet dieses Mittel nicht. Das Beispiel der ehemals reichstreuen Mansfelder Bergleute zeigt, daß alle Arbeiter, wenn auch schwerfällig und langsam, aber sicher den Weg zur Arbeiterorganisation finden. Auch die Winterhäuser Kollegen werden zur Erkenntnis kommen. Der Firma müßte die Stimmung, die unter den Kollegen durch die Entlassung zugunsten des gemahregelten Arbeiters plötzlich Platz griff, beachten.

Rundschau.

Gegen die geplanten Schiffahrtsabgaben protestierte in der vorigen Woche in einmütiger Weise der sächsische Landtag. Würde der Reichstag ein solches Gesetz annehmen, um die Elbsandsteinindustrie wär's vollends gefeigen. Den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat sehr geschickt der Abgeordnete Schulze.

Berwendet mehr Naturstein! Im bayrischen Landtag wurde kürzlich darauf hingewiesen, daß der Staat bei seinen Bauten den Naturstein beinahe völlig ausschließt. Es wurde mit Recht hervorgehoben, daß die bayrischen Steinbrüche sehr ergiebig seien und daß an taubstem Material kein Mangel sei. — Gegenwärtig wird in Menghofen (Niederbayern) eine große Zrennanstalt errichtet. Der gewaltige Gebäudekomplex umfaßt 46 Fische, aber Sandstein- oder Granitmaterial findet keine Verwendung, trotzdem die sehr ergiebigen Steinbrüche von Metten, Edenstetten, Ruhmannselden und Gotteszell in unmittelbarer Nähe von Menghofen liegen. — Es wäre schon sehr gut, wenn sich die bayrischen Steinbruchunternehmer etwas mehr bei ihrer Regierung bemerkbar machen würden.

In der Vorstadt Schwabing (bei München) soll nach einer Meldung des „Deutschen Steinbildhauers“ ein unterirdischer Friedhof errichtet werden. Der zuständige Erzbischof Dr. Bettinger soll mit dem Projekt einverstanden sein. Bedeutende Mittel sollen hierzu bereits flüssig geworden sein.

„Vorsichtsmassregeln“ treffen die Christen in Solnhofen, wo durch die „länzende“ Zeitung anlässlich der Aussperrung ihre Position sehr stark erschüttert ist. Für die dort noch in Betracht kommenden 500 bis 600 Mitglieder wurde ein Parteibeamter angestellt. — Recht jämmerlich nimmt sich auch das Großgetue der Christen aus, indem sie jedes Winkelblättchen mit der Nachricht traktieren, daß die Aufwendungen während der Aussperrung 82 000 Mark betragen. Allerdings viel, wenn man bedenkt, daß der „Zentralverband“ in seiner Kasse ziemlich Ebbe hatte. Denn nach den Angaben des Hannes Wolf war ja der „Kassenbestand“ kein großer, und da Oswald seinen früheren Ablatus trotz dessen Einladung nicht verlag, muß er doch recht haben. Wir wissen schon, warum die Herren so prahlend mit der verhältnismäßig geringen Summe herumfuchteln: nur um den Einbruch der ganzen mißglückten Bewegung zu verwickeln.

Christliche Neutralität. Der Vorstand des christlichen Hilfsarbeiterverbandes gibt in der „Gewerkschaftsflamme“ (Heft Nr. 48) bekannt, daß den Zeitungsendungen Flugblätter beigelegt sind, die die Ueberschrift tragen: „Der große Volksbetrug der Sozialdemokratie“. Der Verbandsvorstand bittet, daß das Flugblatt verteilte wird. Trotzdem schwindelt die schwarze Presse ihren Lesern tagtäglich vor, die christlichen Gewerkschaften seien neutral. Das Flugblatt verfehlt natürlich seinen Zweck, denn die literarischen Arbeiter wissen nur zu genau, daß die Volks-

betrüger im Zentrum sitzen. Die Sozialdemokratie hat überdies mit einem Gegenflugblatt den schwarzen Brüdern mehr wie doppelt heimgezählt.

Kampfsfähige Christen. Am 5. Dezember fanden in München die Gewerkschaftswahlen statt. Die freien Gewerkschaften erhielten 23475 Stimmen, die Christlichen beteiligten sich überhaupt nicht an der Wahl. Es fehlten ihnen die Scheide, die Wähler und das Geld. Wie verlautet, sollen in München zwei christliche Gewerkschaftssekretäre wegen Mangel an Arbeit entlassen werden. So marschieren die Schwarzen „vorwärts“!

Ein merkwürdiges Gewerbeurteil. Der Arbeitgeberverband für das Steinsegergewerbe in Plauen i. V. hatte im vorigen Jahre seinen Mitgliedern bei 1000 Mark Konventionalstrafe verboten, den Steinseger mehr als 60 Pfg. Stundenlohn zu zahlen. Dieser Beschluß wurde gefaßt, weil es bekannt geworden war, daß der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes zwei Steinseger, entgegen früheren Abmachungen, 65 Pfg. zahlte. Darauf vereinbarte der Vorsitzende mit den in Betracht kommenden Arbeitern heimlich, daß er ihnen nominell nur 60 Pfg. Stundenlohn weiterhin zahlen, die restierenden 5 Pfg. pro Stunde ihnen zu Weihnachten auszahlen würde. Das war am 22. August v. J. Zu Weihnachten 1908 erhielten die Beiden ihren Restlohn auf Heller und Pfennig ausbezahlt. Als sie in diesem Frühjahr wieder in Arbeit traten, erkundigten sie sich sofort nach dem Lohn, worauf ihnen erklärt wurde, es bleibe so wie voriges Jahr.

Im November haben die Steinseger nun die Arbeit niedergelegt. Schließlich traten die beiden Steinseger an den Unterzeichner mit dem Verlangen heran, ihnen den Restlohn für dieses Jahr auszuzahlen. Das wurde ihnen verweigert. Darauf reichten die beiden Arbeiter Klage beim Gewerbegericht ein. In der ersten Verhandlung erklärte sich der Unternehmer bereit, zu beschwören, daß eine diesbezügliche Verabredung nicht stattgefunden habe. Er habe den Beiden nur „zum heiligen Christ ein Zwanzigmarkstück geschenkt“. Im zweiten Termine mußte der Unternehmer zugeben, daß die Angaben der Kläger richtig sind. Die Arbeiter wurden trotzdem mit ihrer Klage abgewiesen und zwar unter folgender Begründung:

„Da die Art der Entlohnung des Herrn . . . wider die guten Sitten verstößt, also null und nichtig ist, so muß die Klage abgewiesen werden. Das Gericht bedauert lebhaft, daß es infolge der Lücke im Gesetz nicht möglich ist, den Beklagten exemplarisch zu bestrafen.“

Der Beklagte, der als Obermeister der Innung und Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes die Beschlüsse derselben überwachen und am ersten halten soll, hat sie gebrochen und die Mitglieder in schmähtlicher Weise hintergangen. Das ist verwerflich und verdient öffentlich gebandmarkt zu werden. Öffentlich findet diese verwerfliche Tat durch die Bestrafung seitens des Arbeitgeberverbandes ihre gerechte Sühne.“

Selbst wenn gegen die Charakterisierung des Beklagten durch diesen Gerichtsbeschuß nichts einzuwenden wäre, so wird man doch die Art der Begründung des Urteils und die Empfehlung an den Unternehmerverband, den Missetäter zu bestrafen, für mindestens merkwürdig halten müssen.

Ein Unhold. Der 45jährige Steinhauermeister Heinrich Wilhelm Föhler von Schmiedheim (Amt Ettenheim in Baden) verzapfte von jeher auch in Gegenwart von Schulmädchen mit Vorliebe zotenhafte Redensarten. Seiner moralischen Brunnenvergiftung setzte er durch zwei rohe Sittlichkeitsverbrechen, verliert an Schulkindern, die Krone auf. Unter Ausschluß mildernder Umstände bekam er 1 1/2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Föhler ist nicht unbekannt unter den Steinarbeitern. Mit der Lohnzahlung nahm er es nicht so genau. Einen Namen hat er sich aber gemacht durch seine billigen Lieferungen weit in der Umgebung herum, besonders ins Schuttertal.

Imponierendes Bauwerk. Die längste steinerne Bogenbrücke ist kürzlich fertiggestellt worden. Sie ist eine Eisenbahnbrücke der eingleisigen Wöhrerbahn und führt über den Fluß bei Salsano in Istrien. Die 5,6 Meter breite Fahrbahn liegt rund 28 Meter über dem höchsten Wasserstande. Die 85 Meter weite Hauptöffnung hat im Scheitel eine Gewölbstärke von 2,1 Meter. Als Widerlager für den Hauptbogen wurden zwei 2,2 Meter dicke Eisenbetonplatten gebaut, deren jede fast 300 Quadratmeter groß ist. Der Hauptöffnung schließen sich auf der einen Seite drei je 12 Meter weite und auf der andern zwei je 10 Meter weite Randöffnungen an.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich kürzlich in Bierau (Zahlstelle Blauberg). Der Rigger Meier sah auf einem großen Stein, um ihn zu durchdringen. Hoch über ihm erhob sich eine unterminierte Fallwand. Von dieser Wand lösten sich mehrere große Steine los und fielen auf Meier herab, welcher bald darauf starb. Diese Wand hing ungefähr zwei Jahre so herab, und schon öfter nahmen die Kollegen Veranlassung, daß der Bruchmeister diesen gefährdrohenden Zustand beseitigen möchte. Aber immer lautete die Auskunft: „Die Wand hält schon.“ Kurz vor dem schrecklichen Unglücksfall war der Gewerbeinspektor anwesend, er scheint zur Beanstandung nichts gefunden zu haben. Bei der Bayerischen Granitaktiengesellschaft (Sitz Regensburg) mehrten sich die schweren Unglücksfälle sehr stark. Bezeichnend ist es, daß der Betriebsleiter des Werkes Blauberg, als er über den Unfall unterrichtet wurde, keine Zeit hatte, in Bierau zu erscheinen. Erst als er das zweitemal davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß seine Anwesenheit erwünscht sei, kam er dem Wunsche der Antragsteller nach. Die Steinarbeiter von Blauberg und Umgebung sind darüber sehr entrüstet, daß die Felswand nicht schon längst „abgeschossen“ wurde. Wir erheben deshalb immer wieder den Ruf: Stellt Arbeiterkontrollen an, damit die Betriebe bis ins Detail inspiziert werden können.

Die internationale Solidarität im Kampfe der Schweden.

Der gewaltige Kampf der schwedischen Arbeiter hat zum erstenmal die internationale Solidarität der gesamten Arbeiterklasse in größerem Umfange auf die praktische Probe gestellt, und diese Probe stellt den Vorkämpfern des internationalen Gedankens, der deutschen Arbeiterklasse, das beste Zeugnis aus. Zu diesem Schlusse kommt auch unser Brüsseler Parteiorgan, das über die Beteiligung der einzelnen Länder an den Sammlungen für den schwedischen Generalstreik schreibt:

Die skandinavische Gruppe (Norwegen, Dänemark, Finnland) zahlte 820 000 Kronen. (8 Kronen = 9 Mark). Das ist mächtig viel. Es erklärt sich ebenso aus dem hohen Stand der Organisation im Norden als aus der engen Gemeinschaft, die alle Landesgruppen der skandinavischen Arbeiterbewegung umschließt. Als skandinavischen Beitrag muß man auch die Sendung aus den Vereinigten Staaten von Amerika (107 000 Kronen) ansehen. Denn es sind in Wirklichkeit die ausgewanderten schwedischen und norwegischen Arbeiter, die fast den ganzen Betrag aufgebracht haben. Außer diesen unmittelbaren Nachbarn hat ein einziges Land eine glänzende Leistung vollbracht: die deutsche Arbeiterklasse hat in ihren ausgeleerten Taschen, unter einer furchtbaren Wirtschaftskrise, 1 030 000 Kronen gefunden, um sie den kämpfenden Genossen zukommen zu lassen, zum Wohle des gesamten Proletariats. Zwei Länder, hauptsächlich deutscher Zunge, deren Organisation nach dem Muster der deutschen eingerichtet ist, haben auch noch, freilich in viel bescheidenerem Maße, ihre Schuldigkeit getan. Oesterreich-Ungarn hat 50 000, die Schweiz 20 000 Kronen gespendet. Alle andern Länder aber haben ihre Solidarität in wahrhaft lächerlicher Weise bekundet. Die 36 800 Kronen der mächtigen englischen Gewerkschaften sind ebenso jämmerlich wie 5400 Kronen aus Frankreich (davon noch nicht ein Viertel vom Arbeiterbund!). Italien mit seinen 500 000 Gewerkschaftern hat nur 774 Kronen gefunden. Je 5 seiner Organisierten haben sich

zusammentun müssen, um einen Centime aufzubringen! Auch Belgien hat keinen Grund, stolz zu sein. Die letzte Statistik ergab 139 000 Organisierte, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Unser Beitrag (4500 Kronen) macht keine 4 Pfennige auf den Kopf, während er in Deutschland mehr als 60 Pfg. ausmacht.

Es bleibt also noch viel zu tun für die Verwirklichung der internationalen Solidarität, ohne die die Befreiung der Arbeiterklasse nichts ist als eine Phrase.

Aufruf für die Opfer Mansfelder Willkürherrschaft.

Die Mansfelder Knappen fronen wieder für ihre Gewerke. Die Verwaltung hat aber Auslese gehalten, als sich nach erbittertem Kampfe die Ausständigen wieder auf den Schächten einfanden. Und die da für ihre Kameraden rückhaltlos eingetreten waren, sie lägen heute auf der Straße, dem Hunger preisgegeben, wenn nicht ihre Klassenossen ihnen helfend zur Seite stehen würden. Auch die Parteigenossen des Mansfelder Kreises wollen das Ihrige tun, um die Not dieser Braven und ihrer Familien, die jetzt zu Weihnachten besonders bitter droht, nach Möglichkeit abzuwehren. Deshalb erklärt der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Mansfeld folgenden Aufruf:

An die Parteigenossen!
Der heroische Kampf der Mansfelder Bergleute ist noch in aller Erinnerung. Nur für die einfachsten Menschenrechte kämpfend, für das Recht der Vereinigungsfreiheit, hat der Klassenstaat durch Infanterie-Bataillone, Kürassiere und Maschinengewehre den vollen Erfolg des Kampfes illusorisch gemacht.

Hundert von Familienvätern liegen heute noch als Gemahregelie auf der Straße.

Das bevorstehende Weihnachtsfest soll aber auch für sie und ihre Kinder kein freudloses sein, dafür wird die Solidarität der deutschen Arbeiterschaft sorgen. Wir bitten deshalb alle Parteigenossen und Genossen, ihr Scherflein für die gemahregelien Mansfelder Bergleute beizutragen und Geldbeträge usw. an den Kreisassistenten Joh. Stelzer, Eisleben, Klosterplatz 30, senden zu wollen.

So werden die Nachgebliebenen des brutalen Mansfelder Proletariats zunichte gemacht.

Mit Parteigruß!
Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Mansfeld.

Der Zwangsarbeitsnachweis des Zechenverbandes.

Die beabsichtigte brutale Vergewaltigung der Zechenbarone hat auch in bürgerlichen Kreisen Widerspruch hervorgerufen. So wendet sich jetzt der Verband Deutscher Arbeitsnachweise in einer öffentlichen Erklärung gegen die Absicht des Vereins für bergbauliche Interessen, einen zentralisierten, lediglich durch die Vertreter der Zechen vermittelten Arbeitsnachweis für das Ruhrkohlenrevier einzurichten. Es richtet an den Verein die dringende Bitte, von diesem Vorhaben abzustehen und die Einrichtung eines paritätischen, von Vertretern der Zechen und Vertretern der Arbeiter geleiteten Arbeitsnachweises in Erwägung zu ziehen. Die große Erregung, welche die Nachricht von der beabsichtigten Einrichtung des Arbeitsnachweises in Kreisen der Bergarbeiter hervorgerufen habe, mache es unzweifelhaft, daß diese Einrichtung nur geeignet sei, die Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern im Bergbau zu verschärfen. A. d. J. derseits habe der Verband die Erfahrung gemacht, daß gerade das Zusammenarbeiten von Arbeitern und Unternehmern in der paritätischen Arbeitsnachweisorganisation in hohem Grade geeignet sei, etwa vorhandene Gegensätze abzuschwächen und künftigen Streitigkeiten vorzubeugen.

So läßlich der Versuch des Verbands sein mag, so wenig Erfolg wird er haben. Die Zechenbarone, die mit Ministern unsparringen wie mit Kalaien, werden sich den Tausel um die Ermahnungen des Verbands scheren. Hier hilft nicht parlamentare, hier hilft nur organisieren der Bergarbeitermassen.

Literarisches.

Ursprung, Beschaffenheit und Behandlung der wichtigsten Handelswaren. Von Döhnel. Verlag des Lagerhalterverbandes Leipzig. Preis 60 Pfg. — Das Buch ist mit großem Fleiß zusammengestellt resp. gegenüber der ersten Auflage sehr erweitert. Der Verfasser behandelt sein Thema mit prägnanter Kürze, die Sachverständigkeit leidet aber darunter nicht im geringsten. Für die Konsumvereinsangestellten, Aufsichtsratsmitglieder usw. ist das Döhnel'sche Buch unentbehrlich.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 30. Novbr. bis mit 4. Dezember 1909.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Beine, B. 20.90. Brück, Ab. 1.20. Witten, B. 92.—, M. 1.—. Borch a. M., B. 42.—. Plauen, B. 59.80, K. 3.20. Mittelsteine, K. 7.60. Kelsbra, B. 37.80, K. 29.70. Königshain, B. 55.—, E. 0.50, K. 4.—. Herischdorf, B. 49.40, K. 0.60. Bede, B. 380.—. Cunevalde, B. 52.26, K. 3.—. Eberbach (Baden), B. 38.76, E. 0.75, K. 3.60. Kießberg, B. 38.—, E. 0.50. Kappelrodt, B. 43.70, E. 7.—, K. 12.80, M. 12.50. Konstanz, B. 126.—, E. 20.—, K. 30.—, M. 2.15. Langenfeld, (?) 56.34. Burg, B. 5.65. Weidenhain, B. 3.60. Klein-Mußheim, B. 6.60. Sorau, B. 4.90. Jever, B. 4.95. Niederbreititz, B. 3.05. Amorbach, (?) 0.80. Bischofswerda, Ins. 1.—. Münchberg, B. 67.20, K. 5.50. Oshenfurt, B. 138.—. Rütthen, B. 52.90, K. 3.—. Hamm, B. 14.72. Böbau, B. 561.83. Heilbronn, B. 168.—, K. 20.—. Gotha, B. 114.08, E. 0.50, K. 4.05. Grefees, B. 381.35, K. 12.50. Breslau II, E. 8.—. Auerbach, B. 23.—, E. 0.50, K. 3.50. Büchberg, B. 173.04, K. 9.60. Göttingen, B. 105.80, K. 4.20. Bant, B. 1.95. Breslau (Gromotka), B. 3.25. Greifswald, (?) 1.30. Vorna, B. 5.50. Wilhelmshaven, B. 4.—. Königswalde, B. 1.85. Regensburg, B. 21.—. Wirges, B. 32.20.

Ausweis über zurückgesandtes Material v. 1. bis 30. Novbr. 1909.

Behheim, 165 B. II, 76 B. III, 12 E., 96 K., 9 F. Kleinheubach, 331 B. II, 11 E., 96 K. Radweiler, 107 B. III. Bad Aibling, 45 B. I., 12 E., 14 Ersahm., 88 K. Erier, 200 B. III. Eberndorf, 97 B. III. Krefeld, 7 B. I. Offenburg, 18 Ersahm. Gundisburg, 83 B., 72 K., 3 E.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Deuthen (Oberschlesien). Ich bitte die Vertrauensleute, mir die Adressen der Steinmeger Johann Kellenberger (Buch-Nr. 16368) und Paul Lustig (Buch-Nr. 1627) unverzüglich mitzuteilen. Anton Soucek, Kassierer, Wallstr. 23, II.

Lüneburg. Dem Steinmeger Paul Vogel gen. Müller, geb. am 6. Januar 1881 in Lüneburg, ist keine neue Interimskarte auszustellen, da seine alte hier in Unordnung liegt.

Fr. Jammerrmann, Kassierer.

Jannowitz (Riesengebirge). Ersuche sämtliche Vertrauensleute um Adressenangabe der Steinarbeiter Hermann Wittig, geb. am 21. Mai 1874 in Striegau, und Prasse, Vorname nicht bekannt, da Verbandsbuch nicht abgegeben worden ist. Beide

haben nur kurze Zeit hier gearbeitet, und unsern Buditer sowie Bruchmeister, der jedem ein angefangenes Werkstück voll auszahlte, dann heimlich verschwanden, betrogen. Dies allen Zahlstellen zur Warnung. Heinrich Aft, Vertrauensmann.

Unfen. Die Vertrauensleute werden ersucht, an Unterzeichneten die Adresse des Steinmeger Schnauß (Buch-Nr. 14911) gelangen zu lassen. Fritz Meyer, Vorsitzender.

Langenfeld. Kollege Johann Thaler (Verb.-Nr. 82348) hat seine Karte hier liegen lassen. Derselben ist keine neue Interimskarte auszustellen. Hans Blumlein, Kassierer.

Stuttgart I. Der Kollege Hermann Lutz aus Fellbach (Verb.-Nr. 11802) wird wegen Todesfall seines Vaters um Angabe der Adresse ersucht. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Plauen. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus (Schillergarten), Pausauer Straße, ausbezahlt.
Breslau. Vorj.: Ostar Gerlach, Ringstraße 1.
Marktbreit. Vorj.: Franz Rodelmayer.
Hardheim. Kass.: Peter Kolb.
Reißen I. Vorj.: Richard Starke, Sedanstraße 5, II.

Briefkasten.

St. in M. Ziehe doch genaue Erkundigung ein, ob an den Gerichten etwas wahres ist. In der allgemeinen Fassung können wir die Notiz nicht verwenden. — M. in R. Wir hatten schon Kenntnis: siehe die Nr. 48 des „Steinarbeiter“. Ueber solche wichtige Vorkommnisse muß man aber schon eher und eingehender berichten. Besten Gruß! — W. Wir können von der Einbindung jetzt keine Notiz nehmen. — Schlefen. Die Innungen unterliegen laut § 96 der Gewerbeordnung der Aufsicht der unteren Verwaltungsbehörde. Es muß also das Landratsamt mobil gemacht werden. — Jochenbach, Sch. Aus taktischen Gründen abgelehnt. Die Gründe haben wir dem Bezirksvertrauensmann mitgeteilt. Unsere Gründe werden wohl ohne weiteres verständlich sein.

Diesen „Steinarbeiter“-Sendungen liegen auch die Abrechnungsformulare für das 4. Quartal 1909 bei. Die „Steinarbeiter“-Verbreiter mögen die Formulare unverzüglich an die Kassierer abgeben.

Die „Steinarbeiter“-Nummern, welche am 24. Dezbr. und am 1. Januar 1910 fällig sind, werden schon am 23. Dezember 1909 gemeinschaftlich versandt. Wir bitten unsere Mitarbeiter, daß sie uns ihre Einwendungen, welche in den beiden Nummern untergebracht werden sollen, unverzüglich zukommen lassen. Der Endtermin für die Einwendungen ist der 20. Dezember.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr
Gemeinschaftliche

Mitglieder-Versammlung beider Sektionen

in den Arminshallen, Kommandantenstraße 58/59

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Wegen der Wichtigkeit derselben ist das Erscheinen aller des Beitragswesens werden Beiträge vor dem Eintritt in die Tagesordnung entgegengenommen. Die Kollegen werden ersucht, etwaige Restanten hierauf hinzuweisen. **Kein Rückstand darf am Jahresschluß vorhanden sein!** Die Versammlung ist auch der Endtermin zur Abgabe der Steinarbeiter-Adressen für das nächste Quartal.
Die Ortsverwaltung.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Gestorben.
In Alt-Warthau am 5. Dezember der Kollege Wilhelm Kottlich, 34 Jahre alt, an Lungenwindstucht.
In Königsberg am 27. November der Kollege Karl Schulz, 32 Jahre alt, an Kehlkopfwindstucht.
In München am 27. November der Kollege Johann Rogel, 57 Jahre alt, an der Berufsfrankheit. — Ebenfalls am 3. Dezember der Kollege Joseph Stegmaier, 27 Jahre alt, an Milzleiden.
In Offenbach a. M. am 2. Dezember der Kollege Peter Döbert, 47 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In Pirna am 1. Dezember der Kollege Karl Hauke, 46 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
In Stralsburg (Elb) am 24. November der Kollege Joseph Enger, 54 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.
Ihre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Krankenversicherung im Jahre 1908.

Etwas zeitiger als in früheren Jahren sind soeben die Hauptergebnisse der Krankenversicherung für das Jahr 1908 veröffentlicht worden. Sie zeigen wieder aufs neue, wie reformbedürftig die deutsche Krankenversicherung ist, deren organischem Aufbau die Macher des Gesetzes seinerzeit nicht genügend Beachtung geschenkt haben.

Bis zum Inkrafttreten der Zwangsversicherung im Jahre 1884 existierten nur freie Hilfskassen und eine beschränkte Zahl von Gemeindebetriebs-, Fabriks- und Innungskassen. Anstatt nun eine Zentralisation der Krankenkassen und damit eine großartige Krankenversicherungspolitik in die Wege zu leiten, beließ man in kurzfristiger Weise die bestehenden Kassen und gab den Unternehmern außerdem die Möglichkeit, nach Belieben weitere Betriebs- und Innungskassen zu errichten.

Die Entwicklung der Krankenversicherung hätte einen ganz andern Verlauf genommen, wenn sich nicht im Laufe der Jahre tausende von Kassen gegründet hätten, die sich zum Teil die schwerste Konkurrenz bereiteten, und die infolge ihres geringen Umfanges von vornherein zur Unfähigkeit verdammt waren. Außerdem hinderte die unheimliche Zersplitterung der Kassenorganisationen auch die materielle Entwicklung der Krankenversicherung. Heute ringen drei Organisationsysteme nebeneinander um die Vorherrschaft, die berufliche Zentralisation (berufliche Hilfs- und Innungskassen), die örtliche Organisation (Ortskassen, Gemeindeversicherung), und die Betriebsorganisation (Fabrik-, Bau- und Knappschaftskassen). Eine Reorganisation, die ein einheitliches Krankenkassenwesen schaffen würde, wäre sicherlich ein großer Fortschritt.

Trotz der fehlenden Einheit macht der Konzentrationsprozeß in der Krankenversicherung langsam aber sicher Fortschritte. Die Gemeinde- und die Hilfskassen gehen an Zahl zurück, und in den Ortskassen steigt die Mitgliederzahl in viel härterem Maße als in den andern Kassenarten.

Im Jahre 1908 waren 12 324 094 Personen gegen Krankheit versichert gegen 12 138 966 Personen im Jahre 1907, also 185 128 mehr, die Zahl der Kassen betrug 23 240 gegen 23 232 im Jahre 1907. Außerdem bestehen jetzt 180 Knappschaftskassen mit etwa 810 000 Versicherten (über diese liegen nähere Angaben noch nicht vor.) Eine Betrachtung der einzelnen Kassenarten ergibt, daß die Gemeindeversicherung von 8290 auf 8237 Kassen zurückging, ihr Mitgliederstand stieg aber von 1 564 756 im Jahre 1907 auf 1 588 371 im Jahre 1908; die Ortskrankenkassen vermehrten sich von 4757 auf 4768, ihre Mitgliederzahl stieg von 6 194 108 auf 6 319 618, die Betriebskrankenkassen erfuhren eine Zunahme von 7914 auf 7954, die Mitgliederzahl erhöhte sich von 3 156 221 auf 3 174 320. Die Baukrankenkassen vermehrten sich um eine, auf 42, ihre Mitgliederzahl stieg um 4184 auf 23 881, die Innungskassen wuchsen von 761 auf 784 und die Zahl der Mitglieder stieg von 264 604 auf 269 076; die Hilfskassen verminderten sich von 1469 auf 1455, ihre Mitgliederzahl erhöhte sich von 939 530 auf 948 828. Von je hundert Kassen und Mitgliedern entfielen auf die

Kassenarten	Rassen		Mitglieder	
	1907	1908	1907	1908
Gemeindekassen	35,7	35,5	12,88	12,88
Ortskassen	20,5	20,5	51,03	51,28
Betriebskassen	34,0	34,2	26,00	25,76
Baukassen	0,3	0,2	0,16	0,19
Innungskassen	2,3	2,4	2,18	2,18
Eingetragene Hilfskassen	5,7	5,6	7,44	7,41
Landesrechtliche Hilfskassen	0,8	0,6	0,30	0,29

Diese Aufstellung zeigt, daß die Gemeindeversicherung, die Bau-, Innungs- und Hilfskassen an Bedeutung zurücktraten, es dominierten die Orts- und die Betriebskassen. Die freien Hilfskassen stehen andern Kassenarten nicht nach, wenn man beachtet, daß sie in der Regel nur auf Arbeiterbeiträge angewiesen sind, und daher mit geringeren Mitteln arbeiten als die Zwangskassen. Im Durchschnitt des Jahres entfielen auf eine Kasse Mitglieder bei der Gemeindeversicherung 193 (Vorjahr 189), bei den Ortskassen 1325 (1302), bei den Betriebskassen 399 (399), bei den Baukrankenkassen 569, (480), bei den Innungskrankenkassen 343 (348), bei den eingeschriebenen Hilfskassen 697 (685), und bei den landesrechtlichen Hilfskassen 246 (239).

Die Belastung der Krankenkassen durch Erkrankungsfälle und Krankheitstage steigt von Jahr zu Jahr, sowohl in absoluter als in relativer Beziehung. Die Gesamtzahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle betrug bei sämtlichen Kassen 5 206 148 gegen 4 956 388 im Jahre 1907, es trat also eine Vermehrung der Krankheitsfälle um 249 760,

oder von 40,8 auf 42 pro hundert Mitglieder ein. Die Zahl der Krankheitstage, wobei nur Krankengeld- und Krankenanzahlstage gezählt sind, stieg von 97 148 780 Tagen auf 103 894 299 Tage oder um 6 745 519. Während im Jahre 1907 auf 100 Mitglieder rund 800 Krankheitstage kommen, entfielen im Berichtsjahre auf je 100 Personen 843 Krankheitstage. In keinem der früheren Jahre ist diese Höhe erreicht worden. Es handelt sich dabei um den Durchschnitt aus sämtlichen Kassen, von den Orts-, Betriebs- und Baukrankenkassen wurde der Durchschnitt überschritten, am meisten von den Baukrankenkassen, die auf je 100 Mitglieder 77 Erkrankungsfälle und 1338 Krankheitstage registrierten. Da die Gemeindeversicherung in der Regel nicht bloß auf alle fakultativen Mehrleistungen verzichtet, sondern auch geringere Mindestleistungen hat, als die übrigen Kassenarten, bleibt naturgemäß bei diesen Kassen die Zahl der Erkrankungsfälle und Krankheitstage weit unter dem Durchschnitt.

Die absolute Zahl der Erkrankungsfälle und Krankheitstage betrug bei

Kassenarten	Erkrankungsfälle		Krankheitstage	
	1908	1907	1908	1907
Gemeindeversicherung	428 673	428 673	8 782 043	8 782 043
Ortskassen	2 720 081	2 720 081	57 075 666	57 075 666
Betriebskassen	1 558 110	1 558 110	28 474 287	28 474 287
Baukassen	18 371	18 371	319 611	319 611
Innungskassen	109 900	109 900	2 238 753	2 238 753
Eingetragene Hilfskassen	358 293	358 293	6 820 973	6 820 973
Landesrechtliche Hilfskassen	12 720	12 720	233 066	233 066

Die Belastung der Kassen und die Steigerung der Krankheitsfälle und Tage zeigt sich deutlicher bei Betrachtung der relativen Zahlen, dabei finden wir, daß sich bei den Ortskassen die Steigerung der Erkrankungsfälle und Krankheitstage in demselben Tempo vollzieht, wie bei den andern Kassenarten. Bekanntlich wird das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen seit vielen Jahren von Unternehmerseite in niedrigster Weise bekämpft, und man hat kein Mittel der Verleumdung unverzüglich gelassen, um den Ortskassen etwas am Zeug zu flicken. Unter den Verdächtigungen befand sich auch das Märchen, daß in den Ortskassen das Simulantentum geübt wird. Die Zahlen zeigen in vollster Deutlichkeit, daß diese Behauptung eine Erfindung ist, auch in den angeblich „sozialdemokratisch verfeuchten“ Ortskassen wirken wie bei den andern Kassenarten lediglich die natürlichen Verhältnisse auf die Erkrankungsfälle ein. Es wäre eine der vielen Aufgaben der fehlenden Zentralisation in der Krankenversicherung, die Ursachen dieser Steigerungen genau zu erforschen und bekannt zu geben. Wie sich die relativen Krankheitsfälle und Krankentage in den letzten drei Jahren gestaltet, zeigt folgende Tabelle:

Kassenarten	Erkrankungsfälle			Krankheitstage		
	1906	1907	1908	1906	1907	1908
Gemeindeversicherung	25	26	27	502	534	550
Ortskassen	38	41	43	705	859	903
Betriebskassen	45	49	49	812	863	897
Baukassen	58	61	77	990	1035	1338
Innungskassen	37	38	41	741	799	832
Eingetragene Hilfskassen	33	33	39	650	711	747
Landesrechtl. Hilfskassen	28	31	36	567	618	652

Entsprechend der außerordentlich hohen Erkrankungsziffern haben auch die Krankheitskosten einen abnorm hohen Stand erreicht. Sie liegen von 278 887 506 Mark im Jahre 1907 auf 297 376 804 Mark im Berichtsjahr, also um rund 23,5 Millionen Mark oder von 22,56 Mark auf 24,13 Mark pro Mitglied. Die Krankheitskosten verteilen sich auf folgende Posten:

Ärztliche Behandlung	67 692 047 M.
Arznei und sonstige Heilmittel	43 351 620 "
Krankengeld	133 542 355 "
Böghnerinnen-Unterstützung	5 927 722 "
Sterbegeld	7 480 344 "
Anstaltsverpflegung	39 147 308 "
Rekonvaleszenten-Fürsorge	285 408 "

Für Verwaltungskosten wurden abzüglich derer für die Invalidenversicherung 18 169 949 Mark verausgabt. Die enorme Steigerung der Krankheitskosten ist nicht allein der hohen Krankheitsbelastung der Kassen zuzuschreiben, auch die Leistungen der Kassen sind namentlich infolge der Rührigkeit der Arbeitervertreter in den Kassen gestiegen. Die Statistik über die Krankenversicherung ist so mangelhaft, daß sie nicht einmal darüber Auskunft gibt, wieviel Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber in den Organen der Krankenkassen vorhanden sind. Man kann die Zahl der Arbeitnehmervertreter nur schätzen, sie

wird etwa 180 000 betragen. Es ist klar, daß die Arbeitnehmervertreter in ihrer größeren Mehrzahl besorgt sind, den Arbeitern die Wohlthaten des Krankenversicherungsgesetzes in möglichst ausgedehntem Maße zukommen zu lassen. Aber auch die Ansprüche der Ärzte und Apotheken haben die Krankheitskosten gewaltig in die Höhe getrieben.

Die Ausgaben der einzelnen Kassenarten ergeben sich aus folgender Zusammenstellung. Es kamen auf je 100 Mitglieder Krankheitskosten:

Kassenarten	Insgesamt	Ärztliche Behandl.	Arznei, Heilmittel	Krankengeld	Böghner-Unterstütz.	Sterbegeld	Anstalts-Unterstütz.
Gemeindekassen	1272	385	209	397	—	—	281
Ortskassen	2414	510	351	1088	64	58	340
Betriebskassen	3042	740	458	1377	58	94	314
Baukassen	3441	696	316	1641	3	48	738
Innungskassen	2336	480	295	993	14	50	502
Eingeschr. Hilfskassen	2220	463	260	1246	3	67	187
Landesrechtl. Hilfskassen	1921	397	312	904	2	137	169

Aus den Zahlen gehen die Leistungen der Kassen deutlich hervor; in bezug auf Wöchnerinnenunterstützung und Rekonvaleszentenfürsorge stehen die Ortskassen weit über den andern Kassenarten. Das meiste Sterbegeld zahlen die landesrechtlichen Hilfskassen, die man direkt als Sterbekassen bezeichnen kann. Die Gemeindeversicherung weist in jeder Hinsicht die geringsten Leistungen auf.

Die Finanzgebarung der Krankenkassen gestaltete sich folgendermaßen: Es betragen die ordentlichen Einnahmen: 333 291 351 Mark, pro Mitglied 27,04 Mark (Vorjahr pro Mitglied 26,33 Mark); demgegenüber stehen ordentliche Ausgaben in Höhe von 325 054 492 Mark, pro Mitglied 26,98 Mark (24,64 Mark). Der Vermögensstand sämtlicher Kassen betrug am Schlusse des Berichtsjahrs 254 303 933 Mark oder pro Mitglied 20,63 Mark. Von dem Vermögen entfallen 2,8 Millionen auf die Gemeindeversicherung (pro Mitglied 1,78 Mark), auf die Ortskassen 116,6 Millionen (pro Mitglied 18,46 Mark), auf die Betriebskassen 109,1 Millionen (pro Mitglied 14,73 Mark), auf die Baukassen 259 101 Mark (pro Mitglied 10,85 Mark), auf die Innungskassen 4,8 Millionen (pro Mitglied 17,89 Mark), auf die eingeschriebenen Hilfskassen 18,9 Millionen (pro Mitglied 20,09 Mark) und schließlich auf die landesrechtlichen Hilfskassen 1,7 Millionen (pro Mitglied 49,17 Mark). Das meiste Vermögen steht also im Verhältnis zur Mitgliederzahl in den landesrechtlichen Hilfskassen.

Rund der fünfte Teil der deutschen Bevölkerung gehört der Krankenversicherung an, ungernechnet die mitversicherten Familienangehörigen. Große Kategorien der Bevölkerung sind jedoch von der Versicherung noch ausgeschlossen, so die Landarbeiterbevölkerung und der größere Teil der Hausgewerbetreibenden. Die Einbeziehung dieser Arbeiterschichten in die Krankenversicherung ist eine der dringendsten Aufgaben der Reform der Arbeiterversicherung. Hand in Hand damit muß eine Reorganisation stattfinden, die ein einheitliches Krankenkassenwesen schafft und zwar auf der Basis der berechtigten Mitwirkung derjenigen, die zu den Lasten der Versicherung beitragen.

Gemeinsame Ortskassen für die Städte, Bezirkskassen für die Gemeinden; unter Aufhebung aller übrigen Krankenkassenformen bieten eine Gewähr dafür, daß die Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen ausgebaut wird und daß bessere Resultate in bezug auf Erfolge und Fortschritte in der Krankenversicherung ermöglicht werden, als es unter dem heutigen System der Zersplitterung der Fall ist.

Zur Hilfsarbeiterfrage.

Mit Freuden ist zu begrüßen, daß nun endlich auch in unserm Verbands zur Organisierung der Hilfsarbeiter geschritten wird. Gerade um die Verbandsfinanzen zu verbessern und die Reihen der Organisierten immer mehr zu stärken, ist die geplante Reformierung eine dringende Notwendigkeit. Wenn man die Berufs- und Betriebszählung studiert und vergleicht die Zahl der Arbeiter mit der unserer Verbandsmitglieder, so ergibt sich ohne weiteres, daß unsere Organisation besser ausgebaut werden muß. Und dies kann nur geschehen, wenn mehr und geringere Beitragsklassen eingerichtet werden. Durch die schlechte Entlohnung vieler Arbeiter ist es ihnen nicht möglich, so hohe Beiträge zu leisten. Ohne Versammlungen könnten in den Bruchdistrikten Tausende von Mitglieder durch mündliche

Architekturmarmor.

Von Fred Hood.

(Nachdruck verboten.)

ATK. Der Architekt versteht im Gegensatz zum Mineralogen unter Marmor nicht nur die körnigen Varietäten dieses Gesteins, sondern bezeichnet auch alle dichten, politurfähigen Kalksteine als Marmor.

Sowohl der dicke, wie der körnige Marmor tritt in allen Farben auf — er weist entweder eine einheitliche Färbung auf oder zeigt Atern, Nester, Einsprengungen usw. und wirkt dann zum Teil außerordentlich bunt. Besonders schöne Farbenwirkungen ergibt die sogenannte Breccien-Struktur des Marmors, und zu den schönsten Varietäten dieser Art gehört der Breccien-Marmor von Carrara und Staggia bei Carrara und aus den Pyrenäen. Breccien sind Gesteinstrümmel; man versteht aber darunter Gesteine, die aus großen eckigen und scharfkantigen Gesteinsbruchstücken bestehen, welche letztere durch Kalk oder Ton oder durch ein kieseliges Bindemittel zu einer festen Masse verkittet sind. Am häufigsten ist wohl der weiße, gelbe und graue Marmor, etwas seltener die braune, bläuliche und schwarze Art, während man roten, grünen und violetten Tönungen in Deutschland nur selten begegnet. In Amerika indessen Marmor in den prächtigsten Farben des Zuschliffens, darunter hellgrüne und rosenrote Stücke, auch solche von dunkelgrüner oder violetter Färbung usw. Sie stammen zum Teil aus ganz neu erschlossenen Brüchen, sonst wurde bis in die jüngste Zeit in Amerika hauptsächlich carrarischer Marmor verarbeitet.

Man hat Skulptur- und Architekturmarmor zu unterscheiden. Der Skulpturmarmor soll von allen Dingen gleichmäßig geformt, gleichmäßig fest und gleichmäßig getönt sein. Ein zu zäher und fester Marmor ist für skulpturale Arbeiten nicht geeignet; andererseits darf der Skulpturmarmor auch nicht spröde sein; die Sprödigkeit oder der muschlige Bruch eines Steines würde ein Kunstwerk in hohem Maße gefährden.

An den Architekturmarmor kann man nicht dieselben Ansprüche stellen; dieser wird in der Regel nur profiliert oder in einfacher Weise ornamentiert, während man sehr feine skulpturale Arbeiten nicht in Architekturmarmor ausführen wird. Sollen feinere Details mit der Innen- oder Außenarchitektur in Verbindung gebracht werden, so muß an den betreffenden Punkten ein geeigneter Skulpturmarmor Verwendung finden.

ben. Vom Architekturmarmor verlangt man vor allen Dingen Festigkeit, Polirturfähigkeit und Dauerhaftigkeit der Farben. Mit der Dauerhaftigkeit der Farben wie der Weiterbeständigkeit des Steines ist es allerdings schlecht bestellt. In südlichen Ländern kann man den Marmor ganz unbedenklich auch zur Außenarchitektur verwenden, und wir wissen, daß dies in Griechenland und Rom in ziemlich umfassender Weise geschehen ist. In Deutschland findet man ihn und wieder einige Säulen oder Pilaster aus dichtem Kalkstein an den Fronten. Doch das ist schon eine Seltenheit. Die Amerikaner verwenden den Marmor, und zwar namentlich die edelsten weißen Varietäten, in geradezu verschwenderischer Weise, an den Fronten der Bank- und Trustgebäude, Bibliotheken, Museen, Hotels usw. Aber die prächtige Wirkung des Carraramarmors ist nur von kurzer Dauer, namentlich in den Großstädten. Die große Zahl industrieller Establishments, der Rauch der unzähligen Feuerstätten und der Wechsel der Witterung üben einen sehr ungünstigen Einfluß auf den weißen Marmor aus.

Viele machen sich gewiß eine falsche Vorstellung, wenn sie von den Marmorpalästen der Amerikaner hören. Gewiß, in den ersten drei oder vier Jahren sieht solch ein Marmorpalast blendend schön aus; aber dann schwindet immer mehr die Pracht, die Fronten nehmen eine gelblichblaue Färbung an, die Sichtflächen werden immer mehr angegriffen, und so steht schon aus einiger Entfernung solch ein Gebäude nicht viel anders aus, als bei uns die Bauwerke aus Sandstein. Wozu aber die enormen Kosten für die Marmorarchitektur aufwenden, wenn man mit Sandstein den gleichen Effekt und noch eine größere Dauerhaftigkeit erreichen kann? Müht zu vergehen ist allerdings, daß eine gute Polirtur den äußeren Angriffen besseren Widerstand leistet. Für die Außenarchitektur sind namentlich hellere, gut polierte Varietäten geeignet, für die Innenarchitektur die bunten, kräftig gefärbten Arten. Werden letztere außen verwendet, so verlieren sie in der Regel mit der Zeit ihre satte Färbung; sie werden hell und matt.

Am schädlichsten auf den Marmor wirken die Abgase industrieller Establishments, die in der Regel mit Schwefelsäuredämpfen erfüllt sind, und letztere der ganzen Umgebung mitteilen. Ein weiterer großer Uebelstand besteht in der Verwendung bruchseuchter Materialien. Die Steinmetzen und Bildhauer ziehen es natürlich vor, den bruchseuchteren Marmor zu bearbeiten, weil dieser dem Werkzeug viel geringeren Widerstand entgegensetzt, also viel bildsamer ist. Aber die Folgen bleiben nicht aus; die verfesten Werkstücke trocknen nur langsam, in-

zwischen kommt die für den Marmor höchst gefährliche kalte Jahreszeit heran, es bilden sich Eiskristalle in den Mauern, die zu Rissen und muschelartigem Auspressen des Steines Veranlassung geben.

Architekturmarmor findet man in Bayern, Braunschweig und Hessen, in der Rheinprovinz, Schlesien, Thüringen und Westfalen. Belgien und Frankreich exportieren viel Marmor für Architekturmarmor, Italien liefert aber das beste Material, denn der schöne Carraramarmor wird fast ebenso häufig in der Baukunst, wie zu Skulpturen verwendet. Griechenland liefert schon im Altertum einen Marmor edlerer Art; der berühmteste pentelische Marmor wird aber fast nur zu Statuen verarbeitet, während der blaugraue hymettische Marmor einen sehr beliebten Architekturmarmor darstellt. Von österreichischen Varietäten ist namentlich der rötliche oder gelbliche Marmor vom Untersberg zu erwähnen und die sehr bunten Adnethenarten, die allerdings nur für die Innendekoration in Betracht kommen. Die schönen bunten Arten der Vereinigten Staaten habe ich bereits erwähnt; der Export ist wohl nur unbedeutend, da Amerika selbst einen enormen Bedarf an Architekturmarmor aufweisen kann. Auch England und Schottland, die Schweiz, Spanien und Portugal, Rußland und Finnland weisen mehrere Fundorte schöner Architekturmarmors auf. Das Angebot ist jedenfalls bedeutender als die Nachfrage — das Material ist in allgemeiner zu kostspielig, um als Hauptbaumaterial für Profanbauten in Betracht zu kommen. Aber nicht zu verkennen ist, daß die moderne Bewegung in der Baukunst, die einmal auf die Verwendung echten Materials besonders Gewicht legt, dann aber auch die übertriebene Gliederung der Fuß- und Stuckfronten bekämpft und dafür große ruhige Flächen begehrt, die Verminderung des Marmors sehr begünstigt und befördert hat. Denn an die Stelle der überreichen Gliederung tritt dann die schöne Zeichnung, die natürliche Färbung und der Rhythmus eines edlen Materials. Der schimmernde Marmor bedarf der reichen Gliederung nicht und noch weniger des skulpturalen Schmuckes — er wirkt auch in großer ungeteilter Fläche schön, und die Schlichtheit, die stolze Ruhe der griechischen Tempelbauten bekunden uns, wie trefflich die Alten in die Natur dieses Materials eingedrungen sind und wie bescheiden sie gerade in der klassischen Zeit, ungeachtet ihrer Meisterschaft in der Bildhauerei, den skulpturalen Schmuck an ihren Bauwerken verwendeten, die ihrer stolzen feierlichen Schönheit bis zum heutigen Tage vorbildlich geblieben sind. Keine spätere Kunstperiode hat wieder so ursprüngliche reine und edle Werke hervorgebracht.

Agitation gewonnen werden, da dort Steinmehlen, Brecher und Hilfsarbeiter ganz eng in Verbindung stehen. Es ist schon früher der Fehler begangen worden, daß sich die gelehrten Arbeiter so wenig um die ungelahrten kümmern. Seitdem aber die Organisation in Frage kommt, haben die gelehrten Arbeiter einen geregelten Lohn tarif. Die Hilfsarbeiter dagegen müssen sich um ihren hohen Lohn rumschlagen und werden von den Unternehmern nach Belieben entlassen. Erst dann, wenn alle in Frage kommenden Arbeiter im Steinarbeiterverband organisiert sind, ist auch eine tarifliche Festsetzung des Stundenlohnes möglich. Ich glaube nicht zuviel zu behaupten, wenn ich schreibe, daß die Ausperrung im Jahre 1905 bis 1906 hier im Odenwald zu unsern Gunsten ausgefallen wäre, wenn alle Hilfsarbeiter in unsern Reihen gestanden hätten. Gerade im Odenwald können wir eine ansehnliche Zahl Hilfsarbeiter als Mitglieder gewinnen. Erst dann, wenn die Frage der Hilfsarbeiter geregelt ist und neue Massen dem Verbands beigefügt sind, können wir auch der schon so viel besprochenen Arbeitslosenunterstützung, die Kollege Franke wieder angeknüpft hat, näher treten. Daß diese Unterstützung von großem Interesse für die Arbeiter ist, haben andere Verbände schon genügend bewiesen. Denn durch die wirtschaftliche Krise in der Industrie ist heute jedem Arbeiter, ganz gleich, welcher Branche er angehört, das Los beschworen, arbeitslos zu werden.

Joseph Bentele, Brandau im Odenwald.

Zur Organisationsreformierung.

Dieses Thema wurde im Steinarbeiter in letzter Zeit ausführlich behandelt. Betrachten wir uns in erster Linie die Massen von Steinarbeitern, die in Deutschland vorhanden sind, so ergibt sich unsere Stellungnahme von selbst. Es ist noch ein großes Agitationsfeld für uns offen, in dem wir unbedingt Eingang gewinnen müssen. Dem einen oder andern Kollegen werden diese Artikel zwar etwas Leibweh gemacht haben, aber diese Krankheit muß überwunden werden. Was hilft es, wenn wir auf unsern Steinmehlbau einen Stolz haben, und halten unsere Bewegung dadurch auf. Dieser alte „Strohadel“ muß beseitigt werden. Wir müssen nur darauf bedacht sein, unsern Verband möglichst viel Mitglieder zuzuführen. Deshalb ist es Pflicht und Schlichtigkeit, daß wir die Hilfsarbeiter in unsere Reihen aufnehmen. Diese Arbeiterkategorie ist für uns in manchen Fällen sehr ausschlaggebend. Grenzverletzungen können dadurch sicher keine entstehen. Der Maurer- sowie Dachhils- und Fabrikarbeiterverband müssen angeben, daß Arbeiter, die in Steinbrüchen, Schleifereien und dergleichen beschäftigt sind, nur dem Steinarbeiterverband zugehören. Die Löhne der Hilfsarbeiter sind in manchen Gebieten sehr niedrig. Deshalb würde es sich nicht lohnen, für sie zwei niedrigere Beitragsklassen zu schaffen. Die Unterstützungen müßten natürlich auch dementsprechend festgesetzt werden. Auch die Abschließung von Tarifverträgen wird keine große Schwierigkeit bereiten. Denn meiner Ansicht nach, sind derartige Tarife, bei einer guten Organisation, leichter zur Durchführung zu bringen, als wie die mit vieler Technik verbundenen Steinmetztarife. Es würde also der Aufnahme der Hilfsarbeiter in unsern Verband sehr wenig im Wege stehen. Für uns würde es nur von Vorteil sein, wenn wir dadurch unsere Mitgliederzahl verdoppeln könnten. Denn je stärker ein Verband, desto mehr Ansehen gewinnt er. Aber auch die Klassenverhältnisse würden sehr verbessert werden.

Friedrich Weidenhammer.

Zur Arbeitslosen-Unterstützung mit besonderer Berücksichtigung der Hilfsarbeiterfrage.

Schon in mehreren Artikeln wurde ausgeführt, daß durch die Lösung der Hilfsarbeiterfrage unsere Organisation auf eine bessere Grundlage zu stellen ist. Auch ich schreibe mich dem an, daß unser Verband schon lange an der ungelösten Frage krank ist. Es werden sich wohl wenige Kollegen noch finden (von einzelnen Handwerkszweigen abgesehen), die nicht einsehen, daß die Hilfsarbeiter zu uns gehören. Der Hauptpunkt zur Lösung ist: niedrigere Beitragsklassen. Nun begegnen wir aber der Frage wegen der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Kollege C. B. Berlin hat bei seinen Vorschlägen zur Beitragsleistung die Arbeitslosenunterstützung voraus. Mit diesen Beiträgen kommen wir aber wieder nicht ans Ziel. Es ist klar, daß für uns Stadtbewohner und Sandsteinmehlen die Frage der Arbeitslosen- (nicht Erwerbslosen-) Unterstützung eine brennende ist. Für die Hartstein- und Hilfsarbeiter allerdings trifft das nicht zu. Beide Fragen sind also wichtig. Sollen auch beide berücksichtigt werden, dann müssen wir diese beiden auch gleichzeitig behandeln, oder es müßte sonst die eine an der andern scheitern. Wohl sage ich mir: Haben wir unsere Organisation auf eine bessere Grundlage gestellt, dann können wir diese mehr ausbauen. Für die Städte ist aber die Arbeitslosenunterstützung jetzt schon von Wichtigkeit, zumal (wenn auch vereinzelt) die Gemeinderäte zu dieser Frage Stellung nehmen und dieselbe auch schon eingeführt haben. Da aber nur solche Gewerkschaften Zutritt erhalten, die ihren Mitgliedern schon Arbeitslosenunterstützung gewähren, haben die Steinarbeiter dabei das Nachsehen. Mein Vorschlag wäre der: Wir lösen die Hilfsarbeiterfrage mit der Einführung von zwei niedrigeren Beitragsklassen. Zur Arbeitslosenunterstützung werden erhöhte, mit einem Vermerk versehene Beitragsmarken herausgegeben für diejenigen, die sich an der Unterstützung beteiligen wollen. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, ein größere Masse dem Verbande zuzuführen, und den Anhängern der Arbeitslosenunterstützung wäre ebenfalls Rechnung getragen, da dieselben auch bereit sind, ein Opfer dafür zu bringen. Wenn auch dieses System im allgemeinen verwerflich ist, so ist es doch in diesem Falle angebracht. Sollte mein Vorschlag nicht annehmbar sein, so dürfte man sich doch in den nächsten Artikeln zu beiden Fragen äußern. Denn was nützt es, wenn wir uns einig sind, daß zur Gewinnung der Hilfsarbeiter niedrigere Beiträge eingeführt werden müssen, und ein großer Teil der Kollegen spricht wieder für die Arbeitslosenunterstützung, wozu doch nur höhere Beiträge nötig sind? Also ziehen wir beides in Betracht oder sagen wir es heraus: Wir stellen die Arbeitslosenunterstützung beiseite, und die Diskussion wird eine andre werden.

Rudwig Wolf.

Hilfsarbeiter- und Arbeitslosenunterstützungsfrage.

Die in der Nr. 45 vom 6. November d. J. angekündigte Reform in unserm Verbands betreffs Organisierung der Hilfsarbeiter in den Steinbrüchen und Werkstätten, wird allseits freudig begrüßt. Wie zu erwarten ist, wird sich der nächste Verbandstag eingehend mit dieser Materie beschäftigen müssen. Daß durch eine intensive Agitation die Hilfsarbeiter für uns gewonnen werden können, steht außer Zweifel. Gerade zur jetzigen Zeit, wo die Anforderungen an den Verband sich vermehren, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, an dem Ausbau der Organisation und Stärkung der Finanzen eifrig mitzuarbeiten. Die Arbeitslosenunterstützungsfrage rückt immer mehr in den Vordergrund, und der Verbandstag wird dieser Forderung, die immer lauter erhoben wird, mehr Beachtung schenken müssen. Wie bekannt, geht diese Forderung größtenteils von den Sandsteinarbeitern aus. Aber auch schon einige Zahlstellen der Granitindustrie, die infolge der Wirtschaftskrise die Folgen der Arbeitslosigkeit am eignen Körper empfinden haben, haben ihren Widerstand gegen die Einführung derselben aufgegeben. Man sollte vielmehr annehmen, daß gerade diejenigen Kollegen, die noch niemals von einer Arbeitslosigkeit betroffen worden sind, aus Solidarität für die Einführung stimmen sollten, um den betroffenen Kollegen aus der größten Not zu helfen; aber

weit gefehlt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß noch diejenigen Kollegen, die zurzeit das Gespenst „Arbeitslos“ nicht kennen, z. B. die Kollegen in den industriellen Granitgebieten in kürzester Zeit schon darunter zu leiden haben werden. Daß die größte Gefahr nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung eben ist, ist gewiß. Tatsache ist, daß die Sandsteinarbeiter bei sich die besten Gelegenheiten, Vorteile zu erzielen, besser auszunutzen verstehen, als die Hartsteinarbeiter, da letztere den günstigen Zeitpunkt, wo sie wirklich etwas erreichen können, tatsächlich vorbegehen lassen. Größtenteils sind diejenigen Kollegen, welche beim Holzer oder Werkmeister als Stütze gut angeheben sind, und daher mit den größten Verdiensten bedacht werden, sehr schwer für eine Lohnbewegung zu gewinnen.

Ich bin fest überzeugt, daß, sobald wir ernstlich zu Werke gehen und die Hilfsarbeiter unserem Verbands zuführen, die Arbeitslosenunterstützungsfrage auch früher gelöst sein wird. Das kann aber nur geschehen, wenn die Mitgliederzahl wesentlich erhöht und unsere Finanzen bedeutend gestärkt sind. Es wird von verschiedenen Kollegen gesagt, daß mit dem jetzigen Beiträgen die Hilfsarbeiter zum Eintritt in den Steinarbeiterverband nicht zu bewegen sind. Ich kenne eine große Anzahl Kollegen, deren Verdienst auch nicht höher als der der Hilfsarbeiter ist, aber trotzdem ihren Verpflichtungen nachkommen und sich noch niemals über die Höhe des Beitrags beschwerten. Sind doch Löhne von 15 bis 20 Mark keine Seltenheiten. Ich denke, daß wir den 45-Pfg.-Beitrag für diese Arbeiterkategorie beibehalten könnten. Eine niedrige Beitragsleistung bedingt auch eine verminderte Unterstützung. Bei der jetzigen Lebensmittelteuerung fällt eine verminderte Unterstützung für eine Familie, die nun einmal in die Lage versetzt wird, längere Zeit damit auszukommen, doppelt ins Gewicht. Wenn Kollege Danbentale meint, mit unsern hohen Beiträgen haben wir keine Aussicht, die Hilfsarbeiter für uns zu gewinnen, so muß ich dem widersprechen. Daß es einem Referenten nicht gleich gelingen wird, eine Anzahl Mitglieder dem Verbands zuzuführen, und sollte das Referat noch so vorzüglich ausgearbeitet sein, heu stimme ich vollkommen bei. Der Referent kann nur Erfolge erzielen, wenn die Kollegen mehr Fühlung zu ihm nehmen. Aber leider wird der grobe Fehler begangen, indem die Hilfsarbeiter von den Kollegen geringschätzig behandelt werden und das Agitieren darum erschweren. Ein sehr wirksames Agitationsmittel ist die Arbeiterpresse.

Oberkreuz.

Franz Waply.

Die Wut der Christlichen.

In der Nummer 46 des Verbandsorgans beschäftigten wir uns mit den Verhältnissen der Steinarbeiter zu Kunzendorf (Schleien). Das päpstliche Reich Zeitung um ganz und gar nicht. Diese Zeitung verschrüb sich deshalb einen jener Zentrumsreferenten, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Arbeiter auseinander zu jagieren und erteilte ihm den ehrenvollen Auftrag, einen Juchelzug zu nehmen und damit nach uns zu schmeißen. Er kam seinem Auftrag nach, so gut es ging; hat uns aber nicht getroffen.

Am meisten ärgert diese Gesellschaft die Konstatierung der Tatsache, daß dem vorkommenden Einfluß der katholischen Geistlichkeit die Hauptschuld an den elenden Zuständen zuzuschreiben ist. Anstatt sachlich zu widerlegen, wird denn auch der fromme Christ sofort unwirsch und beginnt mit der Jauche zu hantieren; er schimpft und sagt, unser Geschreibsel sei unverfrorenes sozialdemokratisches Phrasengebilde. Aber das Wort Phrasengebilde klingt uns noch in den Ohren, da wartet unser Gottesmann auch schon mit ein paar unheimlichen Phrasen auf. Er schreibt, er wolle den Stier bei den Hörnern fassen und uns sagen, weshalb die katholischen Arbeiter des Kreises Reize zu uns kein Vertrauen hätten. Sie, die Arbeiter, wollten's nicht. Hebe der notwendigen materiellen Besserstellung nicht ihre Religion und ihr Vaterland verlieren. Wer staunt nicht ob solch einem demagogischen Phrasengeklänge! Hier hat einmal ein ungelesener Zentrumsagitator frank und frei herausgesagt, daß es den christlichen Gewerkschaften nicht darum zu tun ist, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern, sondern ihnen ihr Vaterland und ihre Religion zu erhalten. Mügen sie darüber auch dreist verhungern.

Nun wollen wir aber den Stier bei den Hörnern fassen — um in der zoologischen Sprache der Christen zu reden — und einmal seinen Phrasen näher auf den Leib rücken. Man beschuldigt uns, wir wollten den Arbeitern ihre Religion nehmen. Wie kann man aber jemand etwas abnehmen, das er nicht besitzt? Schiller, der große Humanist, sagte einmal: „Der Mensch ist zwar noch wenig, wenn er warm wohnt und satt zu essen hat; aber er muß doch erst warm wohnen und satt zu essen haben, bevor seine bessere Natur sich regt.“ Wer wollte die unerschütterliche Wahrheit dieses Satzes bestreiten. Wie steht es nun aber mit den Steinarbeitern im Gebiete von Reize? Haben sie satt zu essen? Wohnen sie warm und führen sie ein menschenwürdiges Dasein? Nein und tausendmal nein! Und warum nicht? Weil ihnen ja immer und immer wieder gepredigt wird von ihren Seelförhern, sie sollten mit ihrem Los zufrieden sein, sie sollten ihre Armut und ihr Elend als ein Geschick Gottes betrachten. Es ist selbstverständlich und auch ganz folgerichtig, wenn man die Armut, also die miserablen Löhne, als eine Fügung Gottes betrachtet, daß man sich dann auch nicht organisieren und zusammenschließen darf, um die Armut zu bekämpfen, man würde sich ja dann gegen Gottes Willen auflehnen. Daher kommt es nun auch, daß das Leben dieser Arbeiter weiter nichts ist, als ein lebenslänglicher Kampf um das nackte Leben, um das primitivste Fressen. Und überall wo solche Zustände sind, und die finden wir stets dort, wo die katholische Geistlichkeit noch die ungebrochene Herrschaft über die Arbeiter ausübt, da sind die Arbeiter wohl fromm, auch gottesfürchtig, aber Religion besitzen sie nicht — ihre bessere Natur kann sich eben nicht regen.

Nun noch die Phrase vom Vaterland. Haben die Steinarbeiter von Kunzendorf und Umgegend ein Vaterland? Das Wort Vaterland ist für diese Arbeiter ein ganz eigenartiger Begriff. Er würde für sie erst Leben und Wert gewinnen, wenn sie in ihrem „sogenannten“ Vaterlande warm wohnen könnten und satt zu essen hätten, mit einem Wort, wenn es ihnen gut ginge. Wie aber ist die Wirklichkeit? Ein großer Teil der Arbeiter sind Destituten. Sie müssen schon in früher Jugend ihre vielgeliebte Vaterland verlassen und in der Fremde ihre Knochen für wenig Lohn zu Markte tragen. Obwohl sie Destituten sind, müssen sie preußischen Kapitalisten frönen, weil ihnen ihr heiligeliebtes Vaterland keine statt Brot gibt. Und wenn die preußischen Kapitalisten ihren Arbeitern keine statt Brot geben, und diese Arbeiter wollen sich zusammenschließen und in einer Versammlung beraten, was zu tun sei, um mehr Brot zu bekommen, dann müssen auch sie ihr liebes Vaterland verlassen, über die Grenze gehen und im Ausland über ihre elende Lage beraten. Wir sind es also nicht, die den Arbeitern Religion und Vaterland nehmen wollen, auch wenn wir es wollten, könnten wir es nicht, weil ihnen ganz andre Leute dies alles schon genommen haben.

Nedoch, auch unser guter Zentrumsagitator scheint nicht viel Religion zu besitzen, denn er gibt mitunter auch der Wahrheit einen kräftigen Austritt. Er behauptet von uns, geschrieben an haben, die christlichen Gewerkschaften seien schuld, daß es im Kreise Reize in der Steinindustrie so traurig aussähe. O nein, das haben wir nicht geschrieben, konnten wir nicht schreiben, da die christlichen Gewerkschaften im Kunzendorfer Gebiet gar keine Rolle spielen und auch nie eine spielen werden. Denn die Steinarbeiter von Kunzendorf, Arnstorf und Umgegend wollen ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern, sie wollen aus ihrem Elend herauskommen. Wenn sie das aber wollen, dann müssen sie sich dem Steinarbeiterverband anschließen. Zu

ihrem Glück haben die Arbeiter jenes Gebiets diese Tatsachen zum großen Teil schon erkannt die demagogischen Phrasen von Religion und Vaterland wirken nicht mehr als Schenklappen, da kommt der Beobachter zu spät. Dies bewies auch eine am letzten Sonntag in Johannsburg abgehaltene Steinarbeiter-Versammlung aufs schlagendste. Ungefähr 70 Männer und 30 Frauen nahmen an der Versammlung teil. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Anwesenden, und besonders die Frauen, die Ausführungen des Referenten und erklärten sich alle mit den Ausführungen einverstanden. Eine Anzahl bewies auch durch sofortigen Beitritt ihre Zustimmung. Die Versammlung verließ nur ganz wenig Nichtmitglieder. Auch diese Versammlung berechtigt uns zu der Hoffnung, daß in kurzer Zeit alle Steinarbeiter in jenem Gebiete unser Organisation angehören werden.

Wie dieser Gewerkschaftsbericht die Arbeiter aber noch zu verlocken sucht, das sei zum Schluß als Kuriosum hier mitgeteilt. Er führt mit flossalen Ziffern an, was der Keramarbeiterverband den Steinarbeitern?! — schon für Erfolge gebracht habe. Da führt er denn an: „An Lohn-erhöhung 604 412,76 Mark, an Unterstützungen 96 218,00 Mark und an Arbeitszeiterkürzung 410 911 Mark. Bisher war es üblich, daß man die Verkürzung der Arbeitszeit nach Stunden, also nach Zeit berechnete. Einem wahrheitsliebenden Zentrumschriften blieb es vorbehalten, die Arbeitszeiterkürzung in Geldsummen auszudrücken, um mit recht hohen Summen paradiere zu können. Es ist dies aber ein Beispiel, wie man auf jener Seite auf die Gutgläubigkeit der Arbeiter spekuliert. Natürlich sind die Steinarbeiter von Kunzendorf und Umg. nicht mehr so dummt, wie der Herr sie einschätzt und lassen sich durch einen solchen Kohn nicht einfangen.“

Der Steinarbeiterverband braucht solche Mägen nicht anzuwenden; für ihn spricht seine erfolgreiche Vergangenheit und seine kühnen Kämpfe, die er im Interesse seiner Mitglieder mit dem Unternehmertum führt.

Ein Reichstarif für das deutsche Malergewerbe

Der sich in wichtigen Teilen an den deutschen Buchdrucker tarif anlehnt, ist nach über achtstägigen Verhandlungen der beiderseitigen Organisationsvertreter in Berlin vorläufig zum Abschluß gekommen. Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrags sind folgende: Die Löhne richten sich am allgemeinen nach der Leistungsfähigkeit der Gehilfen und werden nach Stunden berechnet. Der Lohn wird für die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden bezahlt. Durch Invaldität oder Alter minder leistungsfähige Gehilfen werden nach Uebereinkommen und ihrer Leistungsfähigkeit entlohnt. Von dieser Vereinbarung ist dem Ortsstarikomitee Mitteilung zu machen. Der Gehilfe ist zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet; die Angemessenheit der Gegenleistung wird nach der von dem zuständigen Ortsstarikomitee festgesetzten Norm bestimmt. Eine Kündigungsfrist ist gegenseitig ausgeschlossen. Die Bestimmungen des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gelten für die vertragschließenden Parteien als ausgeschlossen. Gehilfen dürfen auf eigene Rechnung keine Arbeiten ausführen, so lange sie bei einem Meister in Arbeit stehen. Jegliche Agitation während der Arbeitszeit ist verboten. Pausen gelten nicht als Arbeitszeit. Anders oder nichtorganisierte Arbeiter dürfen vor und nach der Arbeitszeit auf der Arbeitsstelle nicht belästigt werden. Als „Belästigung“ gilt es nach dem Protokolle, wenn jemand, der sich die Agitation verbieten hat, trotzdem noch mit Organisationsfragen angegangen wird. Zur Ueberwachung des Tarifvertrags, zur Schlichtung von Streitigkeiten usw. werden für einzelne oder zusammenhängende Lohngebiete Ortsstarikomitee gebildet. Das Ortsstarikomitee besteht aus der gleichen Zahl von Meistern und Gehilfen sowie einem unparteiischen Vorsitzenden. Für Berufungen und Angelegenheiten, die eine örtliche Organisation in ihrer Gesamtheit betreffen, werden Kantaristämter nach den gleichen Grundsätzen wie die Ortsstarikomitee gebildet. Zur Entscheidung von Berufungen und grundsätzlicher, das ganze Vertragsgebiet berührenden Angelegenheiten wird ein Hauptstarikomitee eingerichtet, das aus acht Meistern, acht Gehilfen und drei von den Vertretern der Organisationsgewerkschaften unparteiischen besteht. Die acht Meister werden vom Hauptverbande deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, von den Gehilfenbeisitzern wird einer vom Zentralverband graphischer Maler, die übrigen sieben vom Verbande der Maler, Radierer und Anstreicher abgeordnet. Wenn der Gewerkschaftsverein der graphischen Berufe, Maler usw. (Grafisch-Dunder) an Streitigkeiten beteiligt ist, so erteilt ein Vertreter dieses Gewerkschafts einen Vertreter des Malerverbandes im Hauptstarikomitee. Die Organisationen verpflichten sich ausdrücklich, jedem ihrer Mitglieder, das gegen diesen Tarif vertritt, auf das strengste entgegenzutreten. Solchen Meistern, welche die Tarifhöhe nicht bezahlen, oder solchen Gehilfen, welche unter diesen Löhnen arbeiten oder auf Minderleistung anderer Gehilfen hinwirken, darf von den vertragschließenden Organisationen keine moralische oder materielle Unterstützung gewährt werden. Meister oder Gehilfen, welche dagegen verstoßen, sind von ihren Organisationen auszuschließen. Außerdem ist auf beiderseitige Vereinbarung gegen widerstrebende Arbeitgeber die Betretungssperre, gegen widerstrebende Arbeitnehmer die Aussperrung zu verlangen. Maßregelungen wegen Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Lohnbewegung, wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation oder wegen Forderungen auf Einhaltung tariflicher festgelegter Bestimmungen dürfen beiderseits nicht stattfinden. Der Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz dient folgende Bestimmung: Die vertragschließenden Parteien verpflichten ihre Mitglieder, sich gegenseitig zur Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz zu unterstützen. Schmutzkonzurrenz liegt vor, wenn ein Arbeitgeber, gleichgültig ob er Mitglied des Hauptverbandes ist oder nicht, einen Auftrag unter dem Selbstkostenpreis übernimmt oder Angebote bei Submissionen macht, die unter dem Selbstkostenpreis stehen; ferner, wenn Arbeitgeber Arbeit angenommen haben, die sie nicht den kontraktlichen Bestimmungen gemäß ausführen. Ferner wird bestimmt, daß es Aufgabe der Organisation ist, partielle Arbeitsnachweise zu errichten oder sich ihnen anzuschließen.

In Darmstadt, Frankfurt a. M., Sieben, Hanau, Höchst a. M., Offenbach und Mainz nahmen die im Verband der Maler, Radierer usw. organisierten Gehilfen in verhältnismäßig gut besuchten Versammlungen zu dem Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen Stellung.

In allen Versammlungen wurde mit großer Majorität dem Reichstarifvertragsmuster und den zentralen Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit durch die zentrale Verhandlungskommission zugestimmt. Die Versammlungen waren durchweg von gutem Geiste getragen. Klar kam aber durch die Diskussion überall zum Ausdruck, daß man dem endgültigen Abschluß des Tarifs nur dann zustimmen könne, wenn er wesentliche Verbesserungen in der Frage des Lohnes und der Arbeitszeit bringt.

Literarisches.

„Lebensmittag“ nennt sich ein neues Gedichtbuch von Ludwig Keller, das nebenbei bei H. Cassenbach-Berlin zum Preise von 50 Pfg. erschienen ist und in seiner vornehmen und gediegenen Ausstattung schon äußerlich einen recht günstigen Eindruck macht. Der Inhalt des Buches schließt sich der Aufmachung würdig an. Schlichte Lieber sind es, Stimmungen, Naturmalereien und soziale Bilder, die uns der Dichter in seiner knappen, doch formvollendeten, sich ungelinstvollständig gebenden Art vorführt. Allen Freunden einer guten, tiefempfundenen und vornehmlichen Lyrik können wir deshalb Ludwig Kellers neuestes Gedichtbuch „Lebensmittag“ nur auf das angelegentlichste empfehlen.